

Jugend ermöglichen!

Die Jugendbroschüre zum 15. Kinder- und Jugendbericht

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der 15. Kinder- und Jugendbericht „Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten – Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter“ ist von einer unabhängigen Sachverständigenkommission erarbeitet worden.

Seit 1965 legt die Bundesregierung Kinder- und Jugendberichte vor. Neu ist die ergänzende Jugendbroschüre, erstellt von einem Redaktionsteam der Jugendpresse Deutschland.



UN-Jugenddelegierte mit Ministerin Manuela Schwesig

Jugend ist ein eigenständiger und prägender Lebensabschnitt mit spezifischen Herausforderungen. Diese Sichtweise des 15. Kinder- und Jugendberichts liegt auch dem Ansatz der Eigenständigen Jugendpolitik zugrunde, den das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter dem Dach der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ verfolgt. Durch den Bericht sehen wir uns bestärkt in unserem Verständnis von Jugendpolitik: Eine Politik für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die ausgeht von ihren unterschiedlichen Lebenslagen, ihren Interessen und Bedürfnissen sowie der gemeinsamen Verantwortung für eine jugendgerechte Gesellschaft.

Diese Broschüre soll eine breite Diskussion mit und über die Jugend anregen, über ihre Lebenslagen, ihre Aktivitäten, über Anforderungen an eine jugendgerechte Politik und Gesellschaft und nicht zuletzt auch zur Lektüre des 15. Kinder- und Jugendberichts selbst. Angesprochen werden sollen alle Interessierten, insbesondere aber Jugendliche und junge Erwachsene.

Die Jugendbroschüre bereitet die Kerninhalte des Berichts kompakt und verständlich auf. Sie orientiert sich dabei an Themen, zu denen sich junge Menschen immer wieder einbringen.

Die Broschüre versucht, der großen Vielfalt der „Jugend von heute“ in Wort und Bild gerecht zu werden und zugleich die jugendpolitische Debatte in unserem Land zu bereichern. Eine Debatte, die besonders dann qualifiziert und erfolgreich geführt werden kann, wenn Jugendliche und ihre Interessensvertretungen aktiv mitwirken.

In diesem Sinne wünsche ich viel Freude bei der Lektüre sowie Mut und Muße für kritische Rückmeldungen.

Manuela Schwesig
Bundesministerin für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Inhaltsverzeichnis	4
Einleitung	6
I Was junge Menschen verbindet	11
Sich positionieren, qualifizieren und selbstständig werden	12
Zukunftsträume – Zukunftsängste	13
Forever Young?	14
Die Position in der Gesellschaft	15
II Was junge Menschen trennt	19
Die Familie	20
Der Lebensort	20
Der Lernort	21
Arbeitslosigkeit und Armut	21
„Behindert“ oder „Nicht-behindert“	22
(Un)gleiche Chancen	23
Der Blick in die Zukunft	24
III Freundschaften, Cliques und Jugendkulturen: Wie junge Menschen dazugehören	27
Freund*innen haben	28
Cliques – Dazu gehören und sich gemeinsam ausprobieren	28
Ausgrenzung durch Gleichaltrige	29
Ungleiche Möglichkeiten	30
Jugendkulturen: Sich verwirklichen in Vielfalt	31
IV Ehrenamt, Verbände und politische Gruppen – Wie sich junge Menschen beteiligen	33
Zwischen Ansprüchen und Möglichkeiten	34
Durch Jugendarbeit und Ehrenamt	34
In politischen Institutionen und bei Wahlen	35
Kreative Formen des Politischen	36
Hindernisse für wirksame Beteiligung	37
Politische Bildung als Voraussetzung	38
V Wie junge Menschen einen Platz finden	43
Im öffentlichen Raum	44
Auf dem Land	45
In „Brennpunkten“	46
In der Welt	47

VI	Wie junge Menschen mit digitalen Medien leben	49
	Zeitgleich online und offline	50
	Kreativ, selbstbestimmt, vielfältig	51
	Sharen und Schützen	52
	Grenzen der digitalen Teilhabe	53
VII	Wie sich die Ganztagschule schlägt	57
	Als Mittelpunkt für Jugendliche	58
	Aus Sicht der Schüler*innen	59
	Ein Zwischenzeugnis	60
	Zusammen mit Partnern	60
VIII	Was Jugendarbeit leistet	63
	Der Status Quo	64
	Offen für alle	65
	Wer nimmt teil?	66
	Inklusion	67
	Orientierung nach außen	68
IX	Wie sich junge Menschen von Stress und Druck freimachen können	71
	Freiräume sind unterschiedlich	72
	Umgang mit Druck	73
	Freiraum für alle	73
	Die Rolle der Jugendarbeit	74
X	Jung sein in der globalisierten Welt	77
	Im Migrationsland Deutschland	78
	Wenn junge Menschen Schutz suchen	79
	Die Redaktion	84
	Die Kommission	85
	Bildnachweise Jugendbroschüre	86
	Impressum	88

Einleitung des Bundesjugendministeriums

Die Bundesregierung ist davon überzeugt, dass das Alter zwischen 12 und 27 Jahren eine eigenständige und prägende Lebensphase mit ganz besonderen Herausforderungen ist. Daraus leitet sich der Anspruch einer „Eigenständigen Jugendpolitik“ ab, die zum Beispiel nicht einfach unter kinder- und familienpolitischen Themen mitverhandelt werden kann. Das Ziel ist eine Politik für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Diese Politik orientiert sich an zwei Maßstäben: an den Interessen und Bedürfnissen der Jugend selbst und am Zusammenwirken vieler Akteure für eine jugendgerechte Gesellschaft. Um dem Ganzen ein gemeinsames Dach zu geben, hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Jahr 2015 eine Strategie unter genau diesem Motto gestartet: „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“.

Für aktuelle jugendpolitische Erkenntnisse hat die Bundesregierung eine unabhängige Sachverständigenkommission mit der Erarbeitung des 15. Kinder- und Jugendberichts – diesmal ein Jugendbericht im engeren Sinne – beauftragt. Dieser Bericht mit dem Titel „Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten – Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter“ liegt nun vor. Entstanden ist ein 575 Seiten starker Bericht, der einen guten Überblick über die Lebenslagen und das Alltagshandeln Jugendlicher und junger Erwachsener bietet.

Das Leitmotiv des Jugendberichts lautet „Jugend ermöglichen“. Damit ist gemeint, dass Politik und Gesellschaft Bedingungen schaffen, unter denen Jugendliche und junge Erwachsene die Herausforderungen meistern können, die mit der Lebensphase Jugend verbunden sind.

„Ich wurde ja nicht nur von den Eltern erzogen, sondern von der ganzen Welt, Freunden, Lehrern.“
(Aus den Gesprächen mit Jugendlichen zum 15. Kinder- und Jugendbericht (im Folgenden: 15. KJB), S. 120)

Für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen geht es laut Bericht darum, eine allgemeinbildende, soziale und berufliche Handlungsfähigkeit zu entwickeln (Qualifizierung), Verantwortung für sich selbst zu übernehmen (Verselbstständigung) sowie eine persönliche Balance zwischen der eigenen Freiheit und der sozialen Zugehörigkeit zu finden (Selbstpositionierung).

Mit dieser ergänzenden Jugendbroschüre beschreitet das Bundesjugendministerium einen neuen Weg und möchte dazu beitragen, dass nicht nur die Fachwelt über den 15. Kinder- und Jugendbericht und über Anforderungen an eine jugendgerechte Politik und Gesellschaft diskutiert. Angesprochen werden sollen alle Interessierten, insbesondere aber die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, um die es im Bericht geht.

Mit der Idee für eine solche Jugendbroschüre konnte das Bundesjugendministerium die Jugendpresse Deutschland gewinnen. Die Begeisterung für das Projekt prägte die gesamte, intensive Arbeitsphase. Ein zehnköpfiges junges Redaktionsteam hat im Auftrag des Bundesjugendministeriums den Jugendbericht intensiv gelesen und aufbereitet. Entstanden ist diese Jugendbroschüre, die mit gut 100 Seiten deutlich schlanker ist als der 15. Kinder- und Jugendbericht. Die Broschüre ist jedoch keine Zusammenfassung des gesamten Berichts, sondern eine verständ-



liche Aufbereitung von zentralen Themen – und zwar solchen, zu denen sich junge Menschen selbst immer wieder einbringen. Die größte Herausforderung bestand in der Perspektive: Es ging nicht darum, den Bericht nur „zu übersetzen“ in eine verständlichere, jugendgerechte Sprache. Sondern diese Broschüre macht deutlich, wie die jungen Redakteur*innen den 15. Kinder- und Jugendbericht lesen – jedoch ohne ihn zu kommentieren.

„Was junge Menschen verbindet“ – unter dieser Überschrift erklärt die Broschüre im ersten Kapitel die drei Kernherausforderungen, vor denen alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen stehen: Qualifizierung, Selbstpositionierung und Verselbstständigung. Außerdem geht es darum, dass junge Menschen später „erwachsen“ werden als früher und dass ihre Erfahrungen und Bedürfnisse im Hier und Jetzt eng verzahnt sind mit ihren Vorstellungen für die Zukunft. Es werden aber nicht nur die Herausforderungen betrachtet, die die jungen Leute bewältigen, sondern auch die gemeinsamen Bedingungen, unter denen die Jugend im Verhältnis zu anderen Generationen lebt.

„Was junge Menschen trennt“ – im zweiten Kapitel wird deutlich, dass die Chancen, die Herausforderungen des Jugendalters zu meistern, je nach Lebenslage unterschiedlich ausfallen. Zugänge zu Bildung, Politik oder zum Arbeitsmarkt sind nicht für alle jungen Menschen gleichermaßen offen. Jugendliche, die unter erschwerten Bedingungen leben, stehen oft vor höheren Hürden und schauen mit weniger Zuversicht in die Zukunft. Das hat viel damit zu tun, in welchen Familien und an welchen Lebens- und Lernorten sie aufwachsen und ob Arbeitslosigkeit und Armut eine Rolle spielen. Auch Behinderungen oder Beeinträchtigungen führen oftmals zu Benachteiligung.

„Wie junge Menschen dazugehören“ – das dritte Kapitel beleuchtet die Bedeutung von Freundschaften, Cliquen und Jugendkulturen. Freund*innen zu haben, ist immens wichtig für Jugendliche und junge Erwachsene. Mit ihnen verstehen sie sich ohne viele Worte, sie lösen gemeinsam Probleme, vertrauen einander. In Cliquen geht es eher darum, gemeinsam Dinge auszuprobieren und (auch riskante) Erfahrungen fernab von der Erwachsenenwelt zu sammeln. Das Kapitel lässt auch die Ausgrenzung durch Gleichaltrige und die ungleich verteilten Chancen auf Kontakte mit Gleichaltrigen nicht aus. Wichtige Beziehungen pflegen junge Menschen auch innerhalb von

Jugendkulturen und -szenen. Hiervon gibt es immer mehr und immer speziellere – von einer „Mainstream-Jugend“ kann also keine Rede sein.

„Wie sich junge Menschen beteiligen“ – in diesem Kapitel geht es um die Mitwirkung und das Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In den zahlreichen Organisationen und Einrichtungen der Jugendarbeit bestimmen junge Menschen selbst und nehmen Einfluss, zum Beispiel in Jugendclubs und Jugendverbänden. Auch beim ehrenamtlichen Engagement, zum Beispiel in der Schule oder bei Rettungsdiensten, sind Jugendliche sehr stark. Das vierte Kapitel nimmt darüber hinaus die vielen kreativen Formen des Politischen unter die Lupe, in denen sich junge Leute engagieren (zum Beispiel Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und Boykotte), problematisiert aber auch die rückläufige Mitwirkung junger Menschen in politischen Institutionen und Parteien sowie bei Wahlen. Außerdem beschreibt das Kapitel, welche Hindernisse es für wirksame Jugendbeteiligung gibt – angefangen bei eingeschränkten Beteiligungsrechten und -möglichkeiten im Vergleich zu Erwachsenen bis hin zum „Ernsthaftigkeitsproblem“, das Jugendbeteiligung immer dann hat, wenn Jugendliche zwar ihre Meinung sagen dürfen, aber nichts zu entscheiden haben. Und nicht zuletzt wird der enge Zusammenhang zwischen Jugendbeteiligung und politischer Bildung deutlich gemacht. Politische Bildung wird jedoch häufig nur beiläufig behandelt und ist viel zu wenig verankert im sozialen Umfeld und in der Alltagskultur von jungen Menschen.

„Wie junge Menschen einen Platz finden“ – das fünfte Kapitel geht davon aus, dass junge Menschen eigene Handlungsräume brauchen. Gemeint sind Orte, an denen sie sich ausprobieren, und Räume, die sie nach ihren Wünschen gestalten dürfen. Diese Räume werden von Jugendlichen oftmals vermisst: auf öffentlichen Plätzen, von denen sie verdrängt werden; auf dem Land, wo es vor allem an Mobilität, Internet und Freizeitangeboten mangelt; ebenso wie in städtischen „Problembezirken“, deren Image sich auf die Jugend überträgt. Auch internationale Handlungsräume bleiben für viele Jugendliche verschlossen, und steigende Bildungsanforderungen schränken zeitliche Freiräume ein.

„Wie junge Menschen mit digitalen Medien leben“ – In diesem Kapitel werden Jugendliche und junge Erwachsene als „Grenzgänger*innen“ zwischen Online- und Offline-Welten bezeichnet. Die Digitalisierung wirft neue Fragen auf: Was ist privat, was öffentlich? Wie verfügbar muss ich sein, wie wichtig ist körperliche Anwesenheit, was darf ich verpassen? Das Kapitel macht die Bedeutung von Online-Aktivitäten für die Selbstpositionierung und die Kommunikation von jungen Menschen deutlich – bei ungleichen Nutzungsweisen und Zugangschancen. Neben der digitalen Teilhabe geht es im sechsten Kapitel auch um Cybermobbing und Datenschutz.

„Wie sich die Ganztagschule schlägt“ – das siebte Kapitel stellt den Ganztagschulen ein „Zwischenzeugnis“ aus. Es wird deutlich, dass viele Ganztagschulen die Interessen Jugendlicher nur unzureichend aufgreifen, insbesondere in Sachen Freiwilligkeit und Mitbestimmung. Zu den Fortschritten, die durch Ganztagschulen erreicht wurden, gehört, dass weniger Schüler*innen sitzenbleiben und die Schule abbrechen. Beim Abbau von Benachteiligung durch soziale Ungleichheiten sowie bei der Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern muss die Ganztagschule jedoch „nachsitzen“.

„Was Jugendarbeit leistet“ – in diesem Kapitel geht es um die vielfältigen Angebote der Jugendarbeit, die Jugendliche nutzen, um ihre Freizeit zu gestalten. Dazu gehören zum Beispiel Jugendzentren, Freizeitheime und Clubs ebenso wie kulturelle, politische und technische Jugendbildung, internationale Jugendbegegnungen, Jugenderholung, Streetwork und die zahlreichen Jugendverbände und -vereine. Dabei sind die Arbeitsweisen, die Angebote sowie die Nutzung durch Jugendliche ganz unterschiedlich. Das achte Kapitel beschreibt, dass sich die Rahmenbedingungen für die Jugendarbeit verschlechtert haben, dass Mitglieder- und Teilnehmerzahlen sinken, dass Mitarbeiter*innen unsichere Arbeitsverträge haben, dass Einrichtungen schließen. Außerdem wird von Jugendarbeit erwartet, dass sie zur Bildung beiträgt, dass sie für möglichst alle Jugendlichen offen ist und dass sie zum Beispiel mit Schule und Sozialarbeit kooperiert. Die Jugendarbeit steht also vor großen Herausforderungen.

„Wie sich junge Menschen von Stress und Druck freimachen“ – das neunte Kapitel greift die jugendpolitische Diskussion um mehr Freiräume noch einmal unter einem anderen Blickwinkel auf. In Zeiten von Schulzeitverkürzung und Leistungsdruck, Optionenvielfalt und Selbstoptimierung wünschen sich junge Menschen Räume und Orte, die sie selbst gestalten können und in denen Entscheidungen keine unabsehbaren Folgen in der Zukunft haben. Es geht um selbst gestaltete Spiel- und Erprobungsräume, Gegenwelten und Rückzugsorte. Dabei steht nichts Geringeres auf dem Spiel als die Fähigkeit der jungen Generation, durch Innovation und Hinterfragen unsere Gesellschaft zu erneuern. Insbesondere Jugendarbeit kann solche Freiräume ermöglichen.

„Jung sein in der globalisierten Welt“ – das zehnte Kapitel beschreibt, dass junge Menschen ihre Identität zunehmend international ausrichten. Sie haben Freund*innen in und aus der ganzen Welt, absolvieren Freiwilligendienste im Ausland oder praktizieren „Work and Travel“. Während diese Form von Mobilität die Chancen für diejenigen Jugendlichen erhöht, die sie nutzen können, haben andere keine Mittel und Möglichkeiten dazu. Das kann zu doppelter Benachteiligung führen. In die andere Richtung kommen junge Menschen als Zuwanderer und Zuwanderinnen, zum Studieren oder für Praktika, zur Ausbildung oder zum Arbeiten nach Deutschland. Das birgt Bildungs- und Teilhabechancen, aber auch Risiken für Diskriminierung und Ausgrenzung. Vor besonderen Herausforderungen stehen Jugendliche und junge Erwachsene, die als Geflüchtete in Deutschland Schutz suchen. Sie sind oft auf sich allein gestellt, haben die Belastungen der Flucht hinter sich, können nur schwer Bildungsangebote wahrnehmen und stehen einer unüberschaubaren Fülle an Regelungen und Gesetzen gegenüber. Bei der Unterstützung unbegleiteter Geflüchteter macht es einen großen Unterschied, ob sie minderjährig oder bereits volljährig sind.

Was junge Menschen verbindet und was sie trennt, welche Beziehungen sie zu Gleichaltrigen haben, wie sie sich beteiligen und welche (Frei-)Räume sie beanspruchen – die Jugendbroschüre zum 15. Kinder- und Jugendbericht liefert dazu wichtige Erkenntnisse. Außerdem erfahren die Leser*innen Wissenswertes zu jugendlichen Grenzgängen zwischen Online- und Offline-Welten, zum Verhältnis von Jugendlichen zu Ganztagschule, zur Situation der Jugendarbeit und darüber, was es bedeutet, in einer globalisierten Welt jung zu sein. Das Bundesjugendministerium bedankt sich beim Redaktionsteam der Jugendpresse Deutschland für die hervorragende Zusammenarbeit und hofft auf das Interesse vieler Leser*innen.



I.

Was junge Menschen verbindet

Anders als Kindheit wurde Jugend in den letzten Jahrzehnten von der Politik kaum als eigenständige Lebensphase wahrgenommen. Das ist sie aber. Jugendliche und junge Erwachsene erleben Jugend nicht nur als Übergangsstadium zwischen Kindheit und Erwachsenensein. Und es ist das Lebensalter, in dem die Weichen für den weiteren Lebensweg gestellt werden. Die Politik ist deshalb gefordert, Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 12 und 27 Jahren wieder stärker in den Blick zu nehmen und gerechte Voraussetzungen für alle zu schaffen – in anderen Worten: „Jugend zu ermöglichen“.

Das Jugendalter wird gegenwärtig so stark wie noch nie durch „formale Bildung“ (Schule, Ausbildung, Studium) geprägt. Allerdings ist Jugend mehr als eine Phase der Qualifizierung. Sie ist auch eine besondere Zeit der Selbstpositionierung und Verselbstständigung im alltäglichen Leben. Dabei müssen junge Menschen neben den gesellschaftlichen auch den eigenen Erwartungen gerecht werden.

Wie bewältigen Jugendliche und junge Erwachsene heute diese drei Kernherausforderungen im Alltagsleben und wie bringen sie sie zudem in ein gutes Verhältnis? Hinzu kommt, dass die Herausforderungen der Lebensphase Jugend mit der Vollendung des 18. Lebensjahres (Volljährigkeit) längst nicht bewältigt sind. Entsprechend erfordert es ein zeitgemäßes Verständnis von Jugend, in dem über die Qualifizierung hinaus alle Herausforderungen des Jugendalters und die vielfältigen Lebenslagen von Jugendlichen berücksichtigt werden.

Notwendig ist eine Politik und Gesellschaft, die Freiräume zulässt und den Interessen und Bedürfnissen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gerecht wird. Jugend muss „ermöglicht werden“ – das fordert der 15. Kinder- und Jugendbericht, den eine unabhängige Sachverständigenkommission im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter dem Titel „Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten – Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter“ verfasst hat.

Sich positionieren, qualifizieren und selbstständig werden

Egal woher sie kommen, Jugendliche und junge Erwachsene übernehmen Verantwortung für ihr persönliches Leben und auch für das Zusammenleben mit anderen. Die Jugendphase ist die Lebensphase, in der von jungen Menschen erwartet wird, dass sie ihren Platz in der Gesellschaft suchen und finden, sei es in ihrem sozialen Umfeld, im Beruf oder auch in der Politik. Es ist aber sehr unterschiedlich, mit welchen konkreten Herausforderungen sie sich wie und wann auseinandersetzen und welche Möglichkeiten sie dabei haben.

Jugend zu ermöglichen heißt, es jungen Menschen zu ermöglichen, gleichberechtigt am sozialen Leben teilzuhaben. Dies kann nur gelingen, wenn sie faire Bedingungen vorfinden und sich in ihrer Unterschiedlichkeit entfalten können. Doch unter welchen sozialen Bedingungen lebt die Jugend, welche Chancen werden welchen Jugendlichen eröffnet, und was wird ihnen zugemutet? Der 15. Kinder- und Jugendbericht hinterfragt den aktuellen Jugendbegriff kritisch.

„Generation X“ oder „Y“, „die pragmatische Generation“ oder die „Generation Mainstream“ – mit solchen Etiketten wird Jugend gerne versehen. Letztlich eignen sie sich jedoch nicht, Jugend in ihrer Vielfalt zu erfassen sowie ihre Ausdrucksformen und ihr Alltagsleben angemessen darzustellen. Sie erwecken den Eindruck, als handele es sich bei „der“ Jugend um eine homogene Altersgruppe, die gleiche oder ähnliche Handlungsmuster aufweist. Die Kernherausforderungen, die das Jugendalter in unserer Gesellschaft ausmachen, sind aber komplexer. Welche sind diese Kernherausforderungen?

Qualifizierung: Unter dem Stichwort Qualifizierung wird Jugend als das Lebensalter gesehen, in dem junge Menschen umfassende Kompetenzen erwerben, um die eigene Zukunft bestreiten zu können. Es wird von ihnen erwartet, dass sie „allgemeinbildende, soziale und berufliche Hand-



lungsfähigkeiten erlangen“ (15. KJB, S. 49). Da Jugendliche und junge Erwachsene immer mehr Zeit in Schule und Ausbildung verbringen, wird auch von einer „Dominanz der Schule“ gesprochen. Dadurch bleibt weniger Zeit für anderes.

Verselbstständigung: Das Jugendalter wird auch mit Prozessen sozialer, politischer und wirtschaftlicher Verselbstständigung verbunden. Junge Menschen treten aus der Kindheit heraus, etwa indem sie sich von ihren Eltern lösen, ihren eigenen Haushalt gründen, sich politisch engagieren, anfangen zu arbeiten und selbst Kinder bekommen.

Selbstpositionierung: Das Jugendalter ist auch von der Suche nach einem Platz in der Gesellschaft geprägt. Jugendliche und junge Erwachsene orientieren sich sexuell, knüpfen Beziehungen und mischen sich in die Politik ein. Neben ehrenamtlichem Engagement und politischer Partizipation nutzen sie auch eigene Ausdrucksformen wie Musik, um sich mit gesellschaftlichen Erwartungen auseinander zu setzen und um eine „Balance zwischen subjektiver Freiheit und sozialer Zugehörigkeit“ (15. KJB, S. 49) ausbilden zu können.

Zukunftsträume – Zukunftsängste

Die drei Kernherausforderungen Qualifizierung, Verselbstständigung und Selbstpositionierung sind für junge Menschen immer damit verbunden, sich persönliche Perspektiven für ihre Zukunft zu erschließen. Das gilt im Hinblick auf die schulische Ausbildung und auf berufliche Entscheidungen, auf freiwilliges Engagement, aber auch auf Beziehungen und Partnerschaften.

Wie stehe ich zu Familiengründung? Welche Schule kommt für mich infrage? Sportverein oder Musikschule? Sprachkurs oder Computerspiel? Was will ich mal werden? Welche Möglichkeiten habe ich dabei überhaupt? Bleibe ich in der Nähe meiner Familie oder gehe ich zum Studium ins Ausland? Welche persönlichen Kontakte sind mir wichtig und welche will ich halten? An solchen Fragen messen junge Menschen ihre Möglichkeiten und Träume, entwickeln zugleich jedoch abhängig von ihren aktuellen Lebensumständen auch Ängste und Unsicherheiten.

In der Jugend laufen vielfältige Prozesse, die in zukunftsfähige Entscheidungen und letztlich Selbstständigkeit münden. Gleichzeitig festigt sich in dieser Zeit die eigene Identität. Bei vielen Entscheidungen auf dem Weg ins Erwachsenenleben gehen Erfahrungen und Bedürfnisse der Gegenwart einher mit Wünschen und Visionen für die Zukunft.

Forever Young?

Die Lebensphase Jugend hat sich verlängert, und Jugend ist mit dem Übergang in die Volljährigkeit nicht beendet. Viele Herausforderungen des Jugendalters werden erst später gemeistert. So schließen junge Menschen häufig erst im Alter zwischen 20 und 30 ihre Berufsausbildung oder ihr Studium ab und werden wirtschaftlich unabhängig. Dies bringt neue Herausforderungen mit sich und kann mit sozialen Risiken und Ungleichheiten verbunden sein.



„Ich bin zwar selbstständig, aber auch finanziell abhängig.“ (15. KJB, S. 120)

Das Alter beim Auszug aus dem Elternhaus variiert stark je nach Schule und Ausbildung, da beispielsweise Jugendliche mit Realschulabschluss und Berufsausbildung früher ihre Miete zahlen können als Jugendliche, die Abitur machen und studieren. Generell gilt: Je mehr Geld sie zur Verfügung haben, desto früher ziehen junge Menschen von zuhause aus.

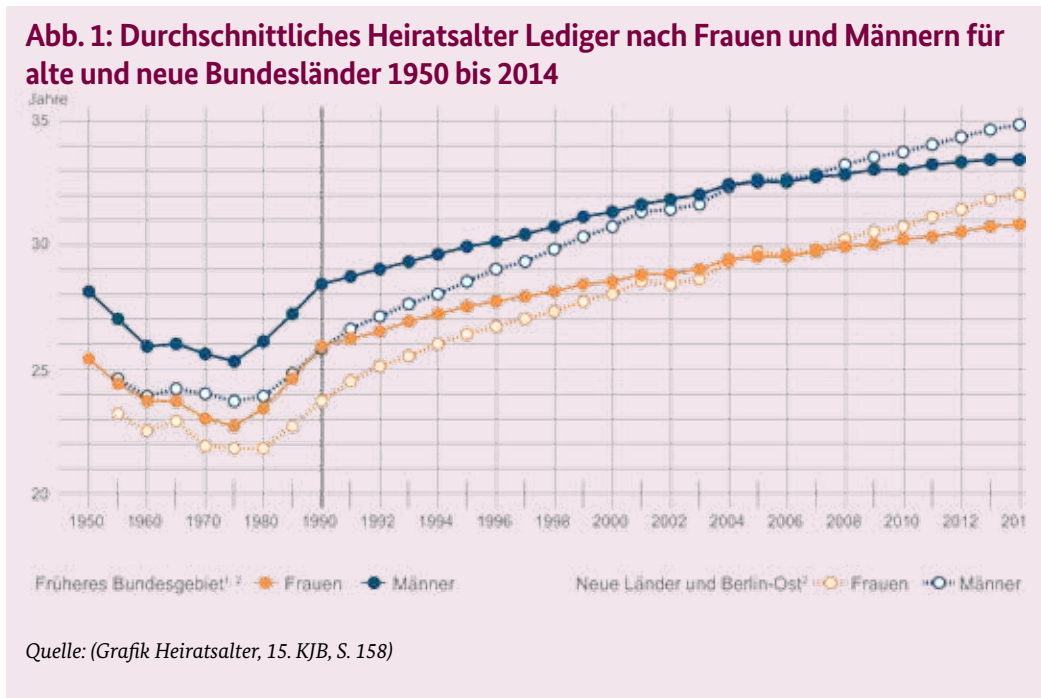
Das durchschnittliche Heiratsalter sowie das Alter junger Frauen bei der Geburt ihres ersten Kindes sind zwischen 1960 und 2010 um circa sechs bis acht Jahre angestiegen.

CARE LEAVER

Im späten Kindes- und frühen Jugendalter kommen sogenannte „Hilfen zur Erziehung“, zum Beispiel in Heimen, Pflegefamilien oder betreuten Wohngruppen, am häufigsten zum Einsatz; das zeigen Statistiken. Mit 18, spätestens 21, werden die betreuten Jugendlichen jedoch zu sogenannten „Care Leavern“. Das heißt, dass von ihnen erwartet wird, die Einrichtung zu verlassen und selbstständig zu sein.

Das bedeutet, dass die Care Leaver sehr viel früher ihr Leben selbst in die Hand nehmen müssen als Gleichaltrige. Und das, obwohl sie meist weniger Unterstützung aus der Familie erhalten als andere junge Menschen. Doch auch für junge Erwachsene, die Unterstützung brauchen, sollte der Staat noch Verantwortung übernehmen.

Es ist sehr wichtig, Care Leaver über ihre Rechte zu informieren und sie zu unterstützen.



Seit Mitte der 1950er Jahre sinkt der Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die eine Ausbildung machen oder arbeiten gehen. Weil sich die Schulzeit verlängert hat und viele junge Menschen höhere Qualifikationen erreichen, steigen sie erst später voll in das Berufsleben ein. Aber auch andere Trends sind erkennbar: So zeigen einschlägige Studien, dass ein großer Teil der Jugendlichen schon neben der Schule jobbt und bereits am Beginn der Jugendphase „shoppen geht“, also am Konsumleben teilhat. Darüber hinaus leben mehr unter 25-Jährige in einem eigenen Haushalt als noch in den 1960er Jahren.

Die Position in der Gesellschaft

„Kinder und Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, die Entscheidungsprozesse, die ihr Leben und ihre Zukunft betreffen, selbst mitzugestalten.“ (15. KJB, S. 126)

Welche Möglichkeiten die junge Generation hat, hängt auch von ihrer „generationalen Lage“, das heißt ihrer Position innerhalb der Gesellschaft, auch im Verhältnis zu anderen Altersgruppen, ab.

Der Anteil der Jugendlichen an der deutschen Bevölkerung ist in den letzten zehn Jahren weiter zurückgegangen. Mit elf Prozent stellen Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 25 Jahren in Deutschland eine gesellschaftliche Minderheit dar (15. KJB, S. 136). Eigene Interessen durchzusetzen, ist für sie nur eingeschränkt möglich.

Immer mehr junge Menschen genießen eine gute Bildung. Sie machen immer öfter Abitur oder erlangen auf anderem Wege eine Studienberechtigung. Dem gegenüber stehen oft geringe Löhne und befristete Beschäftigungsverhältnisse, die den Berufseinstieg für viele junge Menschen unsicher machen. Das führt dazu, dass sie oft auf Hilfe von Familie und Staat angewiesen sind.

Und das sagt die Bundesregierung dazu:

Die Bundesregierung teilt die Einschätzung des Kinder- und Jugendberichts, dass Jugend eine eigenständige Lebensphase ist, die „besonderer politischer Aufmerksamkeit sowie spezifischer Konzepte und Angebote bedarf.“ (15. KJB, S. 5)

Diese Sichtweise liegt auch der Eigenständigen Jugendpolitik zugrunde – ein Politikansatz, den die Bundesregierung verfolgt, um die Interessen und Bedürfnisse der 12- bis 27-Jährigen in den Mittelpunkt zu rücken. Jugendpolitik soll an den Lebenslagen und Interessen junger Menschen orientiert sein und ist eine gemeinsame Verantwortung von allen Akteuren, die Einfluss haben auf die Lebenslagen von jungen Menschen. Dabei sollen aber nicht nur die Bundesministerien besser zusammenarbeiten, sondern auch die Zivilgesellschaft, die Kinder- und Jugendhilfe, die Arbeitswelt, die Medien und die Schule.

Die Bundesregierung teilt die Auffassung der Berichtskommission, dass Jugendliche und junge Erwachsene vor besonderen Herausforderungen stehen. Wie sie diese meistern, hängt stark von politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab. „Ohne an dieser Stelle die Bedeutung von eigenen Einstellungen, Entscheidungen und Verhaltensweisen von jungen Menschen für ihren erfolgreichen Umgang mit Herausforderungen außer Acht zu lassen, schließt sich die Bundesregierung der Einschätzung des 15. Kinder- und Jugendberichts an, dass ‚die Politik auf allen Ebenen gefordert (ist), sich der gesellschaftlichen Verantwortung für die Jugend neu zu vergewissern und durch das Setzen von förderlichen Rahmenbedingungen Jugend zu ermöglichen‘“ (15. KJB, S. 25).

Die Jugendstrategie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend steht unter dem Motto „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ und ist an den Grundsätzen der Eigenständigen Jugendpolitik ausgerichtet. In ihrer Stellungnahme zum 15. Kinder- und Jugendbericht verweist die Bundesregierung auf die Einzelvorhaben dieser Jugendstrategie. Dazu gehören der bundesweite Prozess „Jugendgerechte Kommunen“, die Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung, die Entwicklung eines „Jugend-Checks“ zur Überprüfung von Gesetzesvorhaben, die Förderung realistischer Jugendbilder in Politik und Öffentlichkeit und auch ein Fonds zur Förderung von Projekten. Bei allen Vorhaben werden Jugendliche und junge Erwachsene aktiv beteiligt.

Die Kernherausforderungen Qualifizierung, Verselbstständigung und Selbstpositionierung sind in den Augen der Bundesregierung ein guter Maßstab, um zu prüfen, ob die Aktivitäten des Bundes und die der Kinder- und Jugendhilfe den Interessen und Bedürfnissen der Jugend gerecht werden.

Die Bundesregierung teilt auch die Auffassung der Berichtskommission, dass ein zeitgemäßes Verständnis von Jugend das junge Erwachsenenalter mit berücksichtigen muss. Die Bundesregierung will überprüfen, welche Maßnahmen und Angebote dazu erforderlich sind.



**REICHE
ELTERN
Für
ALLE**

II.

Was junge Menschen trennt

In Deutschland leben knapp 13 Millionen Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 12 und 27 Jahren. Ihre Chancen, die Herausforderungen des Jugendalters zu meistern, fallen je nach Lebenslage sehr unterschiedlich aus. Ob es den Jugendlichen und jungen Erwachsenen gelingt, einen Platz in der Gesellschaft zu finden, unabhängig zu werden und Bildungsabschlüsse zu erlangen, hängt häufig davon ab, wo sie herkommen, wie viel Geld sie besitzen und welches Geschlecht sie haben. Die eigenen Möglichkeiten sind also eng an äußere Umstände geknüpft, die darüber entscheiden, ob eine Tür sich öffnet oder schließt.

„Oft können sich junge Menschen aus einkommensschwachen Familien nicht mal einen Kinobesuch leisten und werden so schon von Anfang an benachteiligt. Sie können dann oft auch bei ihren Freunden oder in der Schule nicht mitreden und fühlen sich (oder werden sogar) ausgegrenzt.“ (15. KJB, S. 132)

Die soziale Ungleichheit spiegelt sich in den unterschiedlichen Handlungsspielräumen wider, die Jugendliche und junge Erwachsene haben. Diese sind von vielen Faktoren abhängig: insbesondere familiären Hintergründen, Lebens- und Lernorten, dem Vorhandensein von Arbeitslosigkeit und Armut, Behinderungen und Beeinträchtigungen. Junge Menschen werden häufiger ausgeschlossen, wenn mehrere der Faktoren für Benachteiligung auf sie zutreffen. Insbesondere für die Bildungsinstitutionen sind entsprechende Ungleichheiten inzwischen gut dokumentiert. Es ist die Aufgabe von Jugendpolitik, aber auch von Sozial- und Bildungspolitik, sie abzubauen.

Was trennt Jugendliche in Deutschland? Daten und Zahlen zur Darstellung der Situation liefern sowohl amtliche Statistiken als auch repräsentative Bevölkerungsbefragungen, wie der Mikrozensus, das Sozioökonomische Panel und die Shell-Jugendstudien sowie der Survey „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten – AID:A“ vom Deutschen Jugendinstitut. Auch aktuelle Formate der Sozial- und Bildungsberichterstattung dienen als Quellen.

Die Familie

Noch immer wachsen 69 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Familien mit verheirateten Eltern auf (**15. KJB, S. 206**). Aber auch andere Formen der Familie werden immer häufiger. Von den 15- bis 21-Jährigen lebt ein Fünftel in Alleinerziehenden-Haushalten (**15. KJB, S. 180**), dies häufiger in den östlichen Bundesländern. Alleinerziehende sind dabei häufiger Mütter. Die Familien sind im Schnitt im Westen sowie in ländlichen Regionen größer.

Der Lebensort

Ob im Osten oder im Westen, in der Stadt oder auf dem Land, in wirtschaftlich starken oder schwachen Regionen – wo junge Menschen aufwachsen, hat großen Einfluss darauf, wie stark sie eingebunden werden und an der Gesellschaft teilhaben können. Davon abhängig ist, wie gut oder schlecht ihre Möglichkeiten sind, die Herausforderungen der Jugendphase zu bewältigen. Insbesondere betrifft das neben Zugängen zu Bildung und Arbeit die Chance, mit Gleichaltrigen zusammen zu sein, vielfältige Freizeitangebote zu nutzen sowie Zugang zum Internet zu haben.

Auch die Möglichkeiten, mit Jugendlichen verschiedener Nationalitäten oder kultureller Herkunft in Kontakt zu treten, hängen mit dem Wohnort zusammen. So liegt der Anteil der jungen Menschen mit Migrationshintergrund in den westdeutschen Bundesländern und Berlin vier- bis zehnmal höher als in den ostdeutschen (**15. KJB, S. 140**). Besonders große Unterschiede bestehen zwischen städtischen und ländlichen Regionen: So haben in den urbanen Zentren wie Hamburg, Bremen, Berlin, dem Ruhr- und Rhein-Main-Gebiet bis zu 50 Prozent der dort lebenden jungen Menschen eine Zuwanderungsgeschichte. Dagegen leben auf dem Land im Osten Deutschlands mit weniger als drei Prozent, aber auch in Regionen wie Schleswig-Holstein oder dem Osten Bayerns (circa 20 Prozent) deutlich weniger junge Menschen, die selbst oder deren Familien zugewandert sind (**15. KJB, S. 142**).



Der Lernort

Wenn Jugendliche und junge Erwachsene arm sind und/oder niedrige Bildungsabschlüsse haben, ist die Gefahr besonders groß, dass sie von der Gesellschaft ausgeschlossen werden und sich von vielen Möglichkeiten ausgegrenzt fühlen. Sechs Prozent der jungen Menschen zwischen 20 und 25 Jahren sind weder in Bildungs- oder Ausbildungsverhältnissen noch erwerbstätig (**15. KJB, S. 149**).

Woher Jugendliche und junge Erwachsene kommen und wie sie aufwachsen, hat Einfluss darauf, welchen Schulabschluss sie machen: Zahlreiche Studien weisen seit Jahren einen engen Zusammenhang zwischen der Herkunftsfamilie und dem Bildungserfolg nach. Jugendliche und junge Erwachsene aus Elternhäusern mit einem höheren sozialen Status und Bildungshintergrund besuchen häufiger Gymnasien und Hochschulen. Insbesondere an Hauptschulen haben die Schüler*innen häufiger einen niedrigen sozialen Status. Das zeigt auch: Kinder von Eltern mit niedrigen Bildungs- und Berufsabschlüssen haben deutlich geringere Chancen, einen höheren Schul- und später Berufsabschluss zu erwerben. Über die Hälfte aller Jugendlichen erreicht keinen höheren Abschluss als ihre Eltern.

Auch Kinder aus Zuwanderungsfamilien und selbst zugewanderte junge Menschen haben es schwerer, Bildung und höhere Abschlüsse zu erreichen. Zudem wird es oftmals nicht anerkannt und gefördert, wenn junge Menschen mit Migrationshintergrund mehrere Sprachen sprechen.

Versucht jemand zu erklären, woher die ungleichen Bildungschancen kommen, wird oft darauf geschaut, ob junge Menschen in ihrer Familie unterstützt oder vernachlässigt werden. Für ungleiche Bildungschancen werden also vor allem die jungen Menschen selbst und ihre Familien verantwortlich gemacht.

Dass aber auch innerhalb der Schulen die Hürden unterschiedlich hoch sind und nicht alle gleiche Chancen haben, also „institutionelle Barrieren“ im Bildungssystem vorhanden sind, ist dagegen erst in den letzten zehn bis 15 Jahren verstärkt in den Blick geraten. Insbesondere längeres gemeinsames Lernen und bessere Möglichkeiten, auf eine höhere Schulform wechseln zu können, führen dazu, dass die Kopplung zwischen Herkunft und Bildungserfolg gelockert wird.

Arbeitslosigkeit und Armut

Die Jugendarbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit Jahren. Insgesamt besteht in Deutschland eine gute Arbeitsmarktlage für Jugendliche und junge Erwachsene.

Es wird allerdings auch beobachtet, dass junge Erwachsene heutzutage erst später finanziell unabhängig werden. Wie früh jemand finanziell auf eigenen Beinen steht, hängt unter anderem von den Antworten auf diese Fragen ab: Welche Qualifikation haben die Jugendlichen erwor-

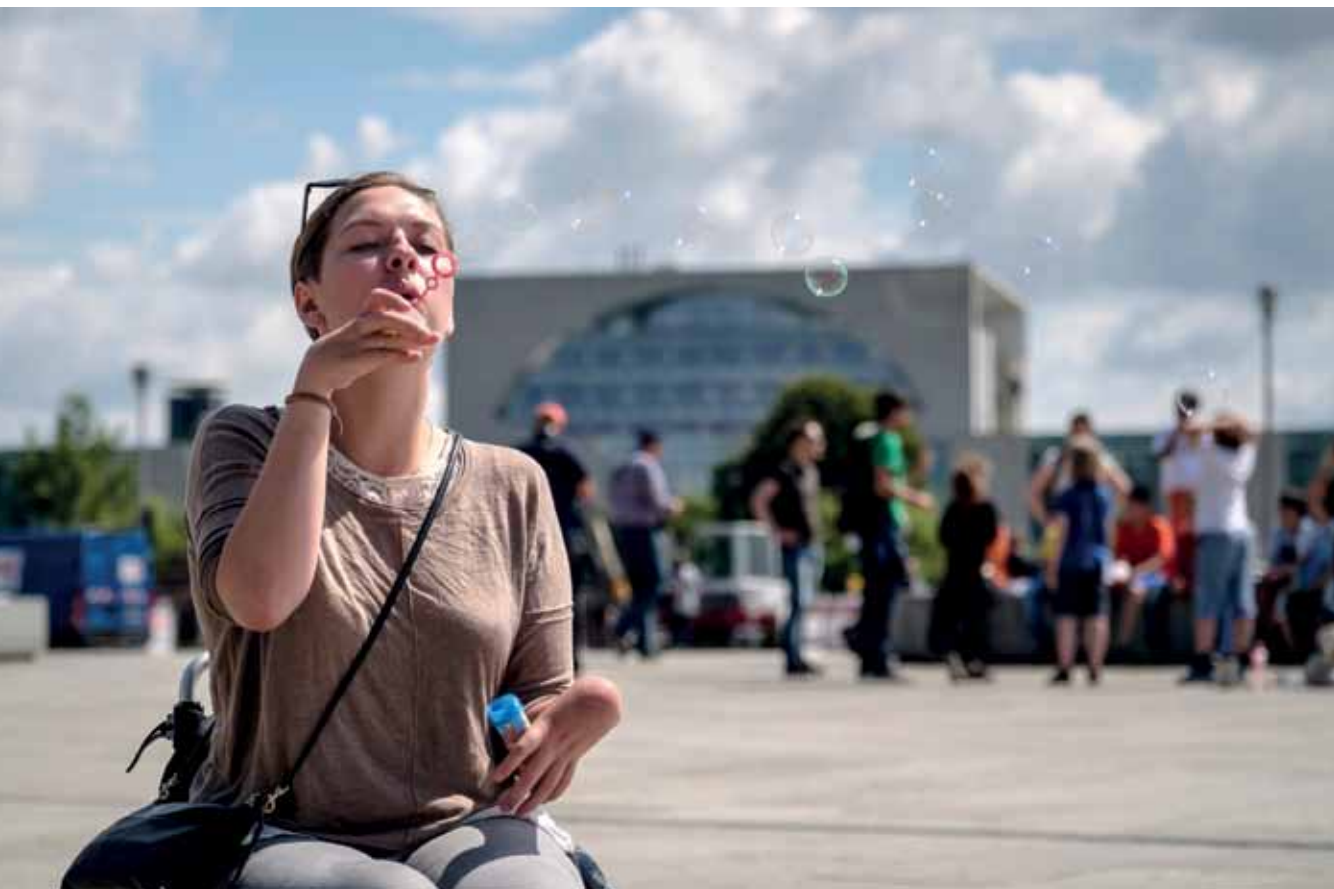
ben? Gibt es in der Familie bereits Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit? Wie ist der soziale Status der Familie – also ist viel Geld vorhanden oder was arbeiten die Eltern?

Die soziale Position in der Gesellschaft, und damit die Chancen auf Teilhabe und Erfolg, ändern sich oft über mehrere Generationen nicht. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Jahr 2012 ist mehr als ein Fünftel der 18- bis 25-jährigen von Armut bedroht (15. KJB, S. 151).

„Behindert“ oder „Nicht-behindert“

„Wir als Behinderte fühlen uns ausgegrenzt (separiert) und sehen wenig Chancen, in der Gesellschaft anzukommen, wir haben aber auch gleichzeitig Angst davor (durch negative Erfahrungen).“ (15. KJB, S. 133)

Für junge Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen bestehen im Alltag viele Barrieren. Sie werden häufig nicht in erster Linie als Jugendliche oder junge Erwachsene gesehen, sondern darauf reduziert, dass sie teilweise mehr Schutz und Unterstützung benötigen. Damit kommt es zu einer sogenannten Etikettierung: Die Jugendlichen werden in einer bestimmten Weise benannt, ohne dass sie individuell gefördert oder einbezogen werden.



Förderbedürftige werden zunehmend auch an Regelschulen unterrichtet. Jedoch bleibt der Anteil der Schüler*innen konstant, der an Förderschulen unterrichtet wird. So zeigt der Blick auf die Regelschulen oft nur den Anschein von Inklusion. Vielmehr hat sich der Förderbedarf ausgeweitet – von ungefähr fünf auf sieben Prozent in den Jahren 2000 bis 2014/15 – es benötigen also mehr Schüler*innen Förderung (15. KJB, S. 159f.).

Zusammenfassend ist es also noch nicht gelungen, Regelschulen konsequent zu öffnen. In Bezug auf die Förderschulen besteht außerdem das Problem, dass dort häufig keine Abschlüsse erworben werden (können). Das erschwert den Berufseinstieg oder macht ihn gar unmöglich.

Werkstätten, in denen Menschen mit Behinderung arbeiten, werden zum Teil als diskriminierend und verunsichernd empfunden und die Bezahlung ist zu gering, um davon zu leben. Auch sind junge Erwachsene mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen häufig mit Vorurteilen konfrontiert, wenn sie eine eigene Familie gründen wollen.

(Un)gleiche Chancen

„Besonders von Ausgrenzung betroffen sind meiner Meinung nach: junge Menschen mit Migrationshintergrund, junge Menschen mit körperlichen und/oder geistigen Beeinträchtigungen, junge Menschen aus einkommensschwachen Familien, junge Menschen mit einer homosexuellen bzw. bisexuellen Orientierung ...“ (15. KJB, S. 133)

Soziale Ungleichheiten im Jugendalter werden häufig so thematisiert, dass die eigentlichen Probleme verdeckt bleiben. Erleben junge Menschen Benachteiligungen, so wird dies vorwiegend auf individuelle Risiken zurückgeführt und nicht auf strukturelle Barrieren. Damit sind Hindernisse innerhalb der bestehenden Systeme gemeint, wie zum Beispiel an den Schulen. In dieser Sichtweise haben junge Menschen ihr Schicksal selbst in der Hand, obwohl sie mit deutlich unterschiedlichen Teilhabechancen ausgestattet sind.

Zugänge zu Bildung, Politik oder zum Arbeitsmarkt sind nicht für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen gleichermaßen offen. Junge Menschen mit bestimmten Merkmalen stehen vor höheren Hürden. Mit den bekannten Etiketten sollte man in diesem Zusammenhang sehr vorsichtig umgehen, denn sie können selbst dazu beitragen, dass jemand gesellschaftlich ausgegrenzt wird oder es zu einer sozialen Abwertung kommt. Das Label „bildungsfern“ etwa sagt, dass die Defizite bei den beschriebenen jungen Menschen und ihren Familien liegen. Ganz ähnliche Schwierigkeiten gibt es bei den Kennzeichnungen „ausländisch“ und „mit Migrationshintergrund“. Diese Begriffe sind zwar einerseits geeignet, Zugangsbarrieren oder Teilhabebeschränkungen offen zu legen. Andererseits tragen sie selbst dazu bei, dass „Andersheit“ und „Fremdheit“ konstruiert werden.

Der Blick in die Zukunft

Junge Menschen haben viele Möglichkeiten. Das führt bei einem Teil zu Überforderung. Andere wiederum können diese Möglichkeiten aufgrund ihrer sozialen oder wirtschaftlichen Lage nicht wahrnehmen. Zwar ist die Jugendphase bei allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen von ähnlichen Fragen geprägt – Wer bin ich? Wo stehe ich? Wo will ich hin? Wer will ich sein? Allerdings werden diese Fragen abhängig vom sozialen Status unterschiedlich bewertet und beantwortet.

So zeigt eine Untersuchung zu Berliner Hauptschüler*innen: Ihre Zukunftsentwürfe sind enorm von dem Bewusstsein geprägt, dass ihre gegenwärtige Situation sie stark darin einschränkt, Zukunftspläne zu entwickeln. Die Pläne sind dementsprechend eher bodenständig und drehen sich um einen sicheren Arbeitsplatz und eine eigene Familie.

Besonders junge Menschen aus „unteren sozialen Schichten“ können ihre Ziele unter anderem aufgrund fehlender Schulabschlüsse oft nicht erreichen (15. KJB, S. 272). Jede*r Zweite aus sozial benachteiligten Gruppen ist mit der Erfahrung konfrontiert, den Wunschberuf nicht realisieren zu können. Ähnliche Zahlen finden sich bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund (42 Prozent) (15. KJB, S. 272). Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus wohlhabenden Familien teilen diese Erfahrung dagegen nur zehn Prozent der Befragten (15. KJB, S. 272).

Unerfüllte Berufswünsche, aber auch insgesamt fehlende Optionen im Leben, gefährden das Selbstbewusstsein und die positive Selbstwahrnehmung der Betroffenen und können dazu führen, dass sie Zukunftsängste bekommen und ausgeschlossen werden. Ob junge Menschen optimistisch in die Zukunft blicken, ist somit auch eine Frage der sozialen Herkunft.

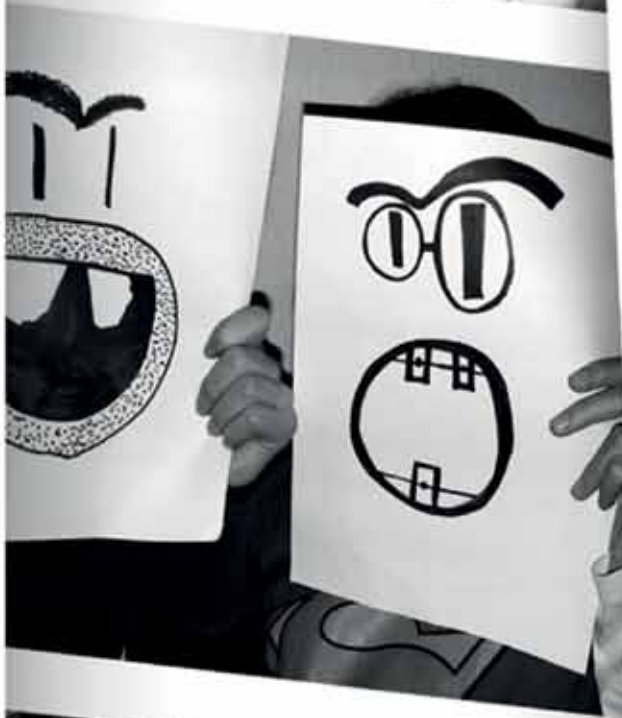
Und das sagt die Bundesregierung dazu:

„Alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben ein Recht auf faire Chancen zur Teilhabe an der Gesellschaft. Chancengleichheit erfordert sowohl gleiche Startchancen als auch die Überwindung von Nachteilen und die Förderung von Potenzialen. Benachteiligte junge Menschen sind oft multiplen Problemlagen ausgesetzt, für die unterschiedliche Akteure zuständig sind. Eine wirksame Unterstützung sollte deshalb verschiedene Angebote integrieren, aufeinander abstimmen und Schnittstellen sinnvoll gestalten.“ (15. KJB, S. 9)

Nach Ansicht der Bundesregierung spielt die Kinder- und Jugendhilfe hierbei eine besondere Rolle. Sie soll „zu einem inklusiven, effizienten und dauerhaft tragfähigen und belastbaren Hilfesystem weiterentwickelt werden.“ (15. KJB, S. 9)

Darüber hinaus fördert die Bundesregierung in verschiedenen Programmen, Initiativen und Projekten insbesondere Bildungsgerechtigkeit und den Einstieg ins Berufsleben. Als Beispiele nennt sie an dieser Stelle das Programm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“, das Pilotprogramm „RESPEKT“, die Initiative „JUGEND STÄRKEN“, die Initiative „Bildungsketten“, die Initiative „JiVE. Jugendarbeit international – Vielfalt erleben“ und das Projekt „VISION:INKLUSION“.





III.

Freundschaften, Cliques und Jugendkulturen: Wie junge Menschen dazugehören

„Die Freunde sind eine Sache von Herz und Seele, nur dann kann ich mich auch öffnen, auch in vielen persönlichen Fragen.“ (15. KJB, S. 121)

Ist in jungen Jahren die Familie von großer Bedeutung, so wird mit steigendem Alter der Kontakt zu Gleichaltrigen immer wichtiger für junge Menschen. Das können Freundschaften sein, Mitgliedschaften in festeren Gruppen oder Cliques oder aber auch die Beteiligung an loseren Netzwerken, auch über neue Medien. Diese Beziehungen zu Gleichaltrigen spielen im Alltag und für die Entwicklung Jugendlicher eine entscheidende Rolle. Fast alle jungen Menschen empfinden Freundschaften als sehr wichtig, ein Großteil verbringt seine Freizeit am liebsten zusammen mit Freund*innen. Gemeinsam mit ihren Altersgenoss*innen besprechen und bewältigen junge Menschen Probleme, finden Anerkennung und können ein positives Bild von sich selbst entwickeln. Vor allem Cliques bieten zudem einen Raum, in dem Jugendliche und junge Erwachsene (mitunter riskantes) Verhalten ausprobieren können. Viele junge Menschen lernen gemeinsam mit Gleichaltrigen beispielsweise den Umgang mit Alkohol, Drogen und Gewalt kennen, entwickeln eine Meinung dazu und testen ihre Grenzen aus.

Nicht alle jungen Menschen haben jedoch die gleichen Chancen, Kontakte zu Gleichaltrigen aufzubauen und zu pflegen. Auch hierbei gilt: Die soziale Herkunft und der Wohnort haben einen großen Einfluss darauf, welche Möglichkeiten ihnen dafür offenstehen (**Kapitel 2**).

Auch Jugendkulturen und -szenen bieten vielerlei Möglichkeiten zum Austausch und zur Entwicklung einer eigenen Haltung zu bestimmten Themen und Praktiken – und das fernab von Schule und Eltern. In letzter Zeit entwickeln sich immer mehr Jugendkulturen, neue Szenen entstehen und vorhandene splitten sich auf. Dadurch gibt es eine immer unübersichtlichere Landschaft an Jugendkulturen und -szenen, die nicht so klar voneinander abzugrenzen sind wie früher. Das erschwert die Jugendforschung und kann zu dem falschen Eindruck führen, es gebe nur eine „Mainstreamjugend“.

Freund*innen haben

„Freunde sind auch Familie für mich.“ (15. KJB, S. 120)

Freundschaftliche Beziehungen zu anderen Gleichaltrigen sind für junge Menschen wichtig. Im Jahr 2010 gaben in der Shell-Studie fast alle der befragten 12- bis 25-Jährigen an, dass sie es wichtig finden, Freundschaften zu haben (15. KJB, S. 207).

Kommunikation ist in Freundschaften junger Menschen zentral. Mit ihren Freund*innen sprechen junge Menschen über Alltagsprobleme, etwa mit den Eltern oder der Schule, und versuchen diese gemeinsam zu bearbeiten. Zudem werden die eigene Persönlichkeit, Verhaltensweisen und gemeinsame Interessen diskutiert. Die Bestätigung und gegenseitige Anerkennung im Freundeskreis trägt dazu bei, dass junge Menschen ein positives Bild von sich selbst entwickeln. Wie Freundschaft gesehen wird, ändert sich jedoch im Laufe der Zeit. Jüngere Jugendliche finden vor allem stabile Freundschaften wichtig, in denen sie Probleme gemeinsam bewältigen. Für junge Erwachsene macht Freundschaft dagegen aus, einander ohne viele Worte zu verstehen und sich gegenseitig zu vertrauen.

Bei der Entwicklung von engen Freundschaften ist es zunehmend egal, ob der oder die andere einen Migrationshintergrund hat. Vor allem in der Schule entstehen Freundschaften zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund. Die Schulform spielt dabei eine Rolle. 44 Prozent der befragten Hauptschüler*innen gaben an, eine*n beste*n Freund*in mit anderem ethnischen Hintergrund zu haben. Am Gymnasium trifft dies auf 33 Prozent zu. Das liegt auch daran, dass der Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund an Hauptschulen höher ist als an Gymnasien. Solche Freundschaften entwickeln sich außerdem dann besonders gut, wenn die Einstellungen und das Verhalten von Schüler*innen und Lehrenden, sowie das jeweilige Klassen- und Schulklima es zulassen.

Cliquen – Dazu gehören und sich gemeinsam ausprobieren

Neben Freundschaften spielen auch Cliquen eine entscheidende Rolle im Alltag von jungen Menschen. Sie bieten einen Raum, in dem sie eigene Erfahrungen ohne Einfluss der Erwachsenen sammeln und sich von den Vorstellungen ihrer Eltern lösen können. Cliquen bilden sich häufig in der Schule, in Vereinen oder Nachbarschaften – Orten also, an denen junge Menschen gleichen Alters aus einem ähnlichen Umfeld aufeinandertreffen. Daher ähneln sich die Mitglieder einer Gruppe in Bezug auf ihre soziale Herkunft, Einstellungen und kulturellen Vorstellungen häufig stark (Kapitel 2). Wer sich mit wem zu einer Gruppe zusammenfindet, hat verschiedene Gründe. Freundschaft bietet oft die Basis für die Zugehörigkeit zu einer Gruppe. Darüber hinaus spielen gemeinsame Interessen, Spaß am Zusammensein, gemeinsames „Chillen“ und – vor allem bei jungen Erwachsenen – „Partymachen“ eine Rolle. Cliquen bieten damit also einen Freiraum gegenüber den Anforderungen der Schule oder der Arbeit und den Erwartungen der Familie (Kapitel 9). Wer sich von diesen beispielsweise unter Druck gesetzt oder gestresst fühlt, findet in einer Clique einen Ort zum Rückzug. Vor allem in sogenannten „geborgenheitsorientierten Gruppen“ bewältigen die Mitglieder gemeinsam Alltagsprobleme, unterstützen sich und machen sich Mut.

Es gibt jedoch auch Cliques, deren Mitglieder außerhalb nur schwer Anschluss an andere Gleichaltrige finden. Sie hängen häufig herum oder langweilen sich – und probieren mitunter Gewalt und andere grenzüberschreitende Aktivitäten aus. Statt negativen Alltagserfahrungen wie Missachtung und fehlender Anerkennung mithilfe von Kommunikation zu begegnen, versuchen die Gruppenmitglieder, sie durch gewalttätiges Verhalten zu verarbeiten.

Ein gewalttätiger Freundeskreis spielt eine wichtige Rolle für den eigenen Umgang mit Gewalt (**Kapitel 5**). So gibt die Mehrheit der jugendlichen Mehrfachtäter*innen an, selbst gewalttätige Freund*innen zu haben, die bereits Raubstrafataten oder gravierende Körperverletzungen begangen haben (**15. KJB, S. 215**).

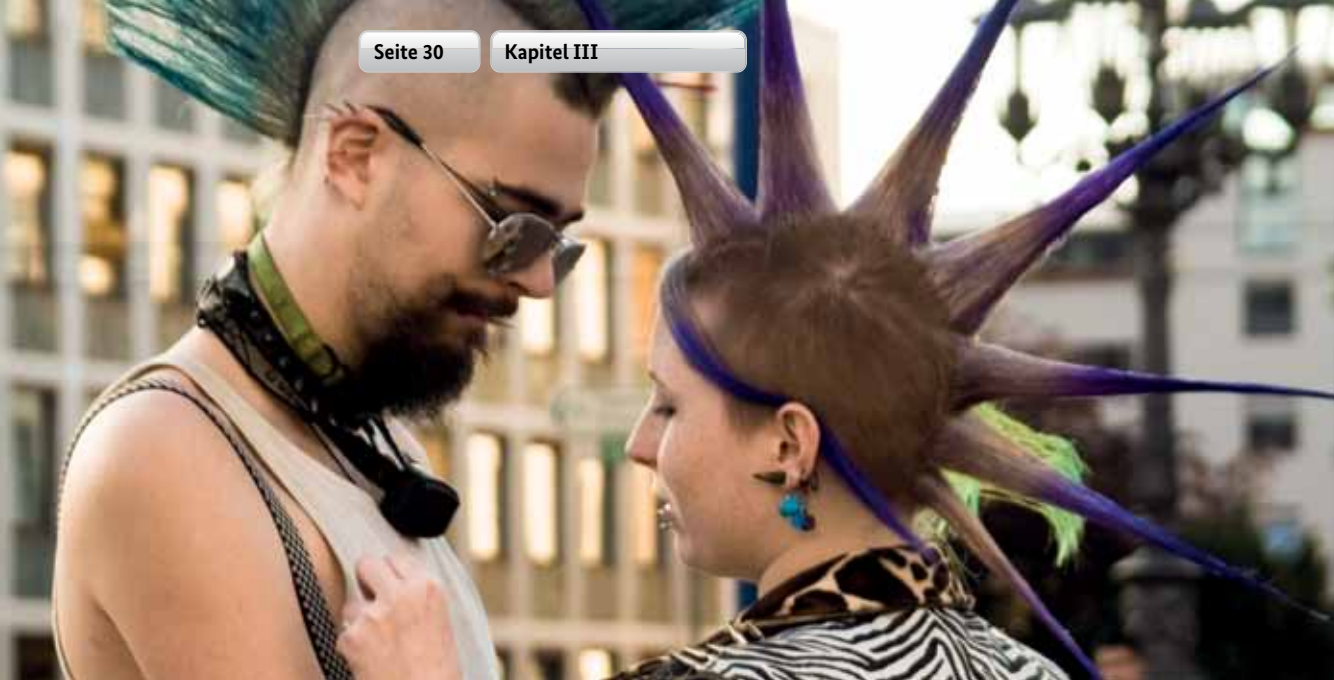
Cliques spielen allgemein eine große Rolle bei der Entwicklung aber auch Vermeidung von Risikoverhalten. Hier probieren Jugendliche zum Beispiel das erste Mal Alkohol und Zigaretten aus und entwickeln eine Meinung dazu. So gaben in der NRW-Jugendstudie 70 Prozent der 13- bis 18-Jährigen an, dass ihre Freund*innen es nicht gut finden, wenn sie Alkohol trinken (**15. KJB, S. 213**). Eine solche negative Meinung zu Alkohol führt dann häufig dazu, dass Alkohol eher abgelehnt wird.

Cliques bieten also einen Raum, der exklusiv jungen Menschen und ihren gleichaltrigen Freund*innen vorbehalten ist und von dem Erwachsene weitestgehend ausgeschlossen sind. Junge Menschen können sich dort mit anderen austauschen, einfach nur Zeit verbringen oder aber auch gemeinsam Probleme besprechen und bewältigen.

Ausgrenzung durch Gleichaltrige

Probleme entstehen, wenn junge Menschen Schwierigkeiten haben, Kontakte aufzubauen, und wenn sie von Gleichaltrigen ausgeschlossen werden. Dies, ebenso wie der unfreiwillige Kontakt zu Altersgenoss*innen oder die Angehörigkeit zu einer nicht selbst gewählten Gruppe (wie der Schulklasse), kann zu einer Belastung werden.





Viele Jugendliche werden nur phasenweise von Gleichaltrigen ausgeschlossen. Sie haben beispielsweise zu Beginn der Oberschule Probleme dabei, Anschluss zu finden, was sich jedoch später verbessert. Manche haben jedoch ein Leben lang – und bereits vom Kindesalter an – Schwierigkeiten, Kontakt aufzunehmen und bleiben dauerhaft ausgeschlossen. Junge Menschen schließen andere aus, indem sie sie ignorieren oder aber aktiv ablehnen – das viel diskutierte Mobbing. Dies kann direkt geschehen, durch Beleidigungen oder auch physische Aggressionen, aber auch indirekt, beispielsweise durch Rufschädigung über soziale Netzwerke (**Kapitel 6**). Solche Erfahrungen haben schwerwiegende Folgen für die Betroffenen. Kurzfristig können sie zu Einsamkeit sowie einem verringerten Selbstwertgefühl beitragen. Langfristig können die Opfer unter emotionalen Problemen, sozialen Ängsten sowie Depressionen leiden. Dass Mobbing kein Randphänomen ist, zeigen aktuelle Zahlen. In einer Studie in Nordrhein-Westfalen gaben 13 Prozent der 10- bis 18-Jährigen an, schon öfter mit Hänseleien und Beschimpfungen konfrontiert worden zu sein (**15. KJB, S. 218**). Darüber hinaus wurden alarmierende acht Prozent der befragten Jugendlichen mehrmals im Monat von anderen geschlagen (**15. KJB, S. 218**).

Ungleiche Möglichkeiten

Nicht alle Jugendlichen haben die gleichen Möglichkeiten zum Aufbau von Gleichaltrigenbeziehungen. Ausgangspunkte für intensivere Beziehungen bieten unter anderem die eigene Schulklasse oder ein Verein. Jüngere treten eher aus Interesse am Thema in einen Verein ein, mit steigendem Alter geht es auch um soziale Kontakte. Jugendliche werden eher Mitglied in einem Verein, wenn die eigenen Freund*innen dort bereits Mitglieder sind – und sie treten auch eher wieder aus, wenn ihre Freund*innen das tun. Abhängig von ihrem Wohnort und dem Einkommen ihrer Eltern haben nicht alle Jugendlichen gleichermaßen Zugang zu solchen Angeboten (**Kapitel 5**). Lebt ein junger Mensch beispielsweise in einem kleineren Dorf, stehen ihm oder ihr wesentlich weniger Freizeitangebote zur Verfügung als den Altersgenoss*innen in der Großstadt. Einige können sogar nur in der Schule Kontakte knüpfen. Wenn dies seit Einführung der Ganztagschule auch erleichtert wurde, so ist es doch oft nicht ausreichend (**Kapitel 7**). Insgesamt haben es junge Menschen aus materiell schlechter gestellten Familien schwerer, Freundschaften aufzubauen und aufrechtzuerhalten. Weil sie seltener in Vereinen eingebunden sind, haben sie weniger Kontakte

zu Altersgenoss*innen und entwickeln auch seltener Freundschaften. Darüber hinaus können sie weniger Geld in der Freizeit ausgeben und besitzen nicht immer ein Smartphone. Vor allem Letzteres ist jedoch heutzutage zentral für den Aufbau und die Aufrechterhaltung von Kontakten. Es ist festzuhalten, dass gute Freundschaften und ein positiver Kontakt mit Gleichaltrigen junge Menschen im Alltag und in ihrer Entwicklung unterstützen. Dass Mobbing und aktive Ausgrenzung negative Folgen haben, steht außer Frage. Doch auch ein verminderter Zugang zu Gleichaltrigen kann schwerwiegende Folgen haben, da die positiven Wirkungen auf Alltag und Entwicklung ausbleiben. Ängstlichkeit sowie Einsamkeit, Verhaltensprobleme, Alkohol- und Drogenmissbrauch, mitunter auch Schwierigkeiten beim Umgang mit Problemen und Konflikten, können die Folge sein.

Jugendkulturen: Sich verwirklichen in Vielfalt

In Jugendkulturen und -szenen probieren sich junge Menschen aus und inszenieren sich und ihr Lebensgefühl. Sie tun das zusammen mit Gleichgesinnten, auch wenn diese nicht immer im gleichen Alter sind. Die Zugehörigkeit zu einer Szene oder Kultur ist in der Regel nicht von Dauer, sondern endet mit dem Jugendalter.

Jugendkulturen und -szenen werden seit mehr als 100 Jahren öffentlich diskutiert und sind somit kein neues Thema. Es gehört jedoch zu ihrem Wesen, sich ständig zu verändern. In den letzten beiden Jahrzehnten sind immer mehr Kulturen und Szenen entstanden. Darunter sind sowohl immer mehr Untergruppen der bestehenden Kulturen als auch völlig neue Szenen. Bis zum Beginn der 1990er Jahre ließen sich verschiedene Jugendkulturen, wie beispielsweise Gruf-ties und Punks, gut voneinander unterscheiden. Heute gibt es eine nahezu unüberschaubare Fülle von jugendlichen Kulturen, Szenen und Gruppen, die sich von außen nicht leicht voneinander abgrenzen lassen. Außerdem entstehen immer mehr neue kleine Gruppierungen auch jenseits der klassischen Szenen. Dazu gehören beispielsweise Fanclubs bestimmter Serien und Filme oder aber Szenen, die sich über das Internet formieren, zum Beispiel die Hacking- und die Online-Rollenspiel-Szene. Es ist deshalb schwer zu sagen, wie viele junge Menschen aktuell einer Kultur oder Szene angehören. Schließlich gibt es nicht nur immer mehr verschiedene Jugendkulturen, sondern auch die Formen der Zugehörigkeit verändern sich. Neben Mitgliedern, die sich voll und ganz einer Szene zugehörig fühlen, gibt es Szene-Sympathisant*innen, Noviz*innen, Tourist*innen und viele mehr. Auch hier zeigt sich, dass junge Menschen mehr Möglichkeiten haben – und damit die Aufgabe, aus diesem Angebot auszuwählen, schwieriger geworden ist.

Und das sagt die Bundesregierung dazu:

„Die Jugendstrategie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie die Grundsätze Eigenständiger Jugendpolitik folgen dem Anspruch, realistische Jugendbilder zu fördern. Diese Jugendbilder sollen den unterschiedlichen Lebenslagen und den unterschiedlichen Lebensentwürfen junger Menschen in ihrer wachsenden Vielfalt gerecht werden und das Ansehen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland aufwerten.“ (15. KJB, S. 7)



IV.

Ehrenamt, Verbände und politische Gruppen – Wie sich junge Menschen beteiligen

Für junge Menschen ist es wichtig, ihren Alltag, ihre Lebenswelten und letztlich die Gesellschaft mitzugestalten. Wenn das der Fall ist, können sie sich besser entwickeln und die Kernherausforderungen ihrer Lebensphase (**Kapitel 1**) bewältigen. Jugendliche und junge Erwachsene sollen die Möglichkeit haben, sich wirksam für ihre Umgebung zu engagieren. Genau das erwarten zugleich auch Erwachsene von ihnen.

Junge Menschen nutzen vermehrt alternative und neue Formen der Mitwirkung. Doch diese werden in der öffentlichen Wahrnehmung oft übersehen, ebenso wie freiwilliges Engagement in der Jugendarbeit, die Mitgliedschaft in Vereinen sowie Formen politischer Beteiligung im Internet. Vielmehr wird von Jugendlichen immer wieder eine stärkere Teilnahme an den bereits üblichen Formen der demokratischen Partizipation gefordert. Dazu zählen Wahlbeteiligung, Parteimitgliedschaft oder auch eine eigene Kandidatur für ein politisches Amt. Doch diese Beteiligungsformen haben Grenzen, die unter anderem das Wahlrecht festlegen. Das wird häufig außer Acht gelassen.

„Kinder und Jugendliche und ihre Gremien ernst nehmen, gleichberechtigt sehen und ihnen Macht geben, wirklich etwas zu entscheiden!“ (15. KJB, S. 126)

Welche Beteiligungsmöglichkeiten jungen Menschen in der Politik und anderswo eröffnet werden, gibt auch Anlass zu Kritik: Es scheint, als würde von jungen Menschen teilweise nur erwartet, dass sie in bestehende politische Strukturen „hineinwachsen“ anstatt diese selbst zu gestalten. Der Blick auf die Beteiligung junger Menschen und die Bewertung ihres Engagements müssen sich deshalb wandeln. Zudem sollte die Jugendarbeit als Ort jugendlicher Mitgestaltung gefördert, und kreative Formen politischer Beteiligung sollten als solche anerkannt werden.

Die politische Bildung spielt eine entscheidende Rolle für die Beteiligung junger Menschen an politischen und gesellschaftlichen Prozessen. Sie kann maßgeblich dazu beitragen, dass junge Menschen sich für politische Abläufe interessieren und in ihnen mitmischen. Dem steht jedoch im Wege, dass die politische Bildung grundsätzlich zu kurz kommt, oft zu formal gestaltet ist und häufig keinen konkreten Bezug zu den Lebenswelten junger Menschen findet.

Zwischen Ansprüchen und Möglichkeiten

Politik und Gesellschaft erwarten von jungen Menschen, dass sie sich beteiligen. Jedoch verbringen Jugendliche und junge Erwachsene viel Zeit an Orten, an denen ihre Beteiligung nur begrenzt erwünscht ist. In der Schule bedeutet „Mitmachen“ zuallererst, Antworten auf vorgegebene Fragen zu liefern und sich bereits vorhandenes Wissen anzueignen. Um aber die Kernherausforderungen des Jugendalters bewältigen zu können, die eigene Position in der Welt zu finden und sich zu behaupten, braucht es mehr. Welche Formen der Partizipation junge Menschen heute nutzen und wie Jugendlichen noch mehr Mitbestimmung ermöglicht werden kann, sind deshalb wichtige Fragen.

Durch Jugendarbeit und Ehrenamt

Junge Menschen bringen sich auf vielfältige Weise ein. Gestaltungsräume finden sie unter anderem in Organisationen und Einrichtungen der Jugendarbeit. So entscheiden sie in Jugendclubs gemeinsam über ihre Freizeitaktivitäten, übernehmen als Jugendleiter*innen Verantwortung für andere junge Menschen oder setzen in Jugendverbänden inhaltliche Schwerpunkte, indem sie beispielsweise das Programm von Ferien camps gestalten. In der Jugendarbeit können junge Menschen selbst bestimmen, ob und wo sie aktiv sein möchten, sie können ihre eigenen Anliegen einbringen und Einfluss nehmen (**Kapitel 8**). Die Jugendarbeit ist damit ein wichtiger Raum, um Selbstpositionierung zu ermöglichen.

Auch außerhalb der Jugendarbeit engagieren sich junge Menschen auf freiwilliger Basis. Insgesamt sind die 14- bis 19-Jährigen die Bevölkerungsgruppe, die ehrenamtlich am aktivsten ist: 2014 war das ungefähr jede*r Zweite (**15. KJB, S. 235**). Außer in Vereinen sind junge Menschen unter anderem in der Schule und Hochschule, in der Kirchengemeinde oder bei Rettungsdiensten und der Freiwilligen Feuerwehr aktiv.

*„Junge Menschen, egal ob in Schule, Ausbildung, Studium oder Beruf, benötigen Zeit für ehrenamtliches Engagement und die Anerkennung dessen. Zeit für ehrenamtliches Engagement fehlt, erschwerend wirken zusätzlich der steigende Leistungs- und Zeitdruck.“ (**15. KJB, S. 127**)*

Mit ihrem ehrenamtlichen Engagement können Jugendliche und junge Erwachsene auch politische Ziele verfolgen. Häufig wollen sie jedoch in erster Linie den eigenen Alltag und die eigenen Lebenswelten gestalten. Aber auch das hat viel mit politischer Mitbestimmung und Bildung zu tun. Junge Menschen lernen so, eine Haltung zu entwickeln und sich selbst zu positionieren. Das sind wichtige Voraussetzungen, um auch politische Forderungen zu formulieren und zu vertreten.

Gerade in unserer immer komplexeren Welt sind dazu Räume wichtig, in denen sich junge Menschen ausprobieren und mit gesellschaftlichen Fragen auseinandersetzen können (**Kapitel 9**). Junge Menschen müssen erleben, dass ihr Handeln bedeutsam ist – sowohl für sie selbst als auch für andere Menschen. Durch ehrenamtliches Engagement handeln und entscheiden sie für eine Gruppe – und finden daran häufig Gefallen und Sinn. Manchmal entstehen daraus auch der Wunsch und Wille, sich politisch zu beteiligen. In jedem Fall können junge Menschen jene



Fähigkeiten, die sie im Rahmen ihres ehrenamtlichen Engagements gesammelt haben, auch für politische und demokratische Entscheidungsprozesse nutzen.

In politischen Institutionen und bei Wahlen

Die Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit verstehen es als ihre Aufgabe, die Interessen junger Menschen gegenüber der Politik und der Öffentlichkeit zu vertreten und bei politischen Entscheidungen mitzureden. So engagieren sich beispielsweise autonome Jugendzentren dafür, dass Freiräume für junge Menschen im Stadtteil erhalten bleiben oder neue Freizeit- und Bildungsangebote nach deren Bedürfnissen geschaffen werden (**Kapitel 9**). In Jugendverbänden gestalten junge Menschen Projekte und politische Standpunkte entscheidend mit. Auch die Jugendringe, in denen sich Jugendverbände zusammenschließen, haben die politische Interessensvertretung von Jugendlichen im Blick und sogar einen gesetzlichen Anspruch darauf. Jugendringe schicken Vertreter*innen in die kommunalen Jugendhilfeausschüsse. Dort wird beispielsweise entschieden, wie viel staatliches Geld in Angebote für Jugendliche fließt. Darüber hinaus haben junge Menschen an manchen Orten die Möglichkeit, in Jugendparlamenten oder Jugendbeiräten für ihre Interessen einzutreten. Jugendparlamente und Jugendbeiräte sind Vertretungsgremien, die zum Beispiel mit Kommunalparlamenten oder Stadtverwaltungen vernetzt sind. Hier können junge Menschen über politische Fragen diskutieren, Empfehlungen einbringen und zum Teil sogar mitentscheiden.

„Absenkung des aktiven Wahlrechts auf 14 Jahre.“ (15. KJB, S. 126)

Eine weitere Form der politischen Beteiligung ist die Teilnahme an Wahlen. Doch nur verhältnismäßig wenige junge Menschen gehen wählen. Bei der Bundestagswahl im Jahr 2013 haben nur noch um die 60 Prozent der unter 30-Jährigen ihre Stimme abgegeben (**15. KJB, S. 234**). 2002 waren es noch 70 Prozent, 1983 sogar über 80 Prozent. (**15. KJB, S. 234**). Auch in Parteien, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen engagieren sich kaum junge Menschen. Nur zwei bis drei Prozent der 12- bis 25-Jährigen sind dort aktiv (**15. KJB, S. 234**).



Kreative Formen des Politischen

Während sie die konventionellen Beteiligungsformen eher vernachlässigen, entwickeln junge Menschen innovative und kreative Formen, um sich politisch auszudrücken und sich mit konkreten Fragestellungen auseinanderzusetzen. Dafür benutzen sie beispielsweise Demonstrationen, Unterschriftensammlungen oder Boykotte. Die Organisation solcher Aktionen ist locker, es braucht dazu keine feste Mitgliedschaft. Laut einer Umfrage der Europäischen Kommission haben 30 Prozent der 15- bis 29-Jährigen in Deutschland bereits einmal eine Petition unterzeichnet (**15. KJB, S. 240**).

Weitere Beteiligungsmöglichkeiten bieten soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen und Protestgruppen. Relativ unabhängig von Geschlecht, Alter und Migrationshintergrund engagieren sich etwa 25 Prozent der unter 29-Jährigen in Deutschland in entsprechenden Gruppen (**15. KJB, S.**

241). Der Zulauf und das Interesse an verschiedenen Bewegungen, wie zum Beispiel im Umwelt- oder Tierschutz, schwanken dabei von Zeit zu Zeit. Auch rechtsradikale Gruppierungen versuchen mit regional unterschiedlichem Erfolg, Jugendliche und junge Erwachsene an sich zu binden.

Darüber hinaus spielt das Internet für die politische Mitgestaltung junger Menschen eine immer größere Rolle. E-Petitionen, Protestmail-Aktionen und Online-Diskussionen sind nur einige der Möglichkeiten, die das Internet zur politischen Teilhabe bietet – auch wenn es noch keine genauen Daten dazu gibt (**Kapitel 4**).

Insgesamt lässt sich festhalten: Junge Menschen sind (politisch) aktiv. Die Formen ihrer Beteiligung reichen von der (Mit-)Gestaltung ihrer direkten Umgebung über das Engagement in sozialen Bewegungen bis zur Teilnahme an Wahlen. Sie alle dienen auch der Bewältigung der Kernherausforderungen Selbstpositionierung und Verselbstständigung – ganz gleich, ob sie zu konventionellen Vorstellungen von politischer Interessensvertretung passen oder nicht (**Kapitel 1**).

Hindernisse für wirksame Beteiligung

Für die Beteiligung Jugendlicher gibt es Hürden. Im parlamentarisch-demokratischen System gibt es beispielsweise rechtliche Grenzen: Erst mit 16 beziehungsweise 18 Jahren dürfen Jugendliche wählen. Aber auch die wahlberechtigten jungen Menschen haben aufgrund des hohen Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung nur wenig Einfluss auf die Wahl der parlamentarischen Vertreter*innen. Insgesamt stellten unter 25-Jährige bei der Bundestagswahl 2013 8,8 Prozent der Wahlberechtigten und 7,4 Prozent der Wählerinnen und Wähler (**15. KJB, S. 234**). Und nur drei Prozent der Wahlberechtigten waren zwischen 18 und 21 Jahren alt (**15. KJB, S. 234**). Damit sind junge Menschen die einflussschwächste Altersgruppe bei der politischen Entscheidungsfindung. Zum Vergleich: Mehr als jede*r fünfte Wähler*in bei der Bundestagswahl 2013 war älter als 70 Jahre (**15. KJB, S. 234**).

Auch in Parteien sind die Beteiligungsmöglichkeiten Jugendlicher begrenzt: In die meisten Parteien können Jugendliche erst ab einem Alter von 14 oder 16 Jahren eintreten. Zudem stellt sich für junge Menschen häufig die Frage, inwiefern Parteien einen wirklichen Bezug zu ihrem Alltag haben und sich ein Engagement in ihnen lohnt.

Die Zusammenschlüsse der Jugendverbände, die Jugendringe, besitzen zwar das Potenzial, jugendliche Interessen in kommunalen Gremien wie den Jugendhilfeausschüssen zu vertreten. Dieses wird jedoch nicht umfassend ausgeschöpft. Ein Grund dafür ist, dass es Jugendringe nur in 68 Prozent der Jugendamtsbezirke gibt (**15. KJB, S. 421**). Zudem sind sie personell eingeschränkt. So beschäftigt fast jeder dritte Jugendring keine hauptberuflichen Mitarbeiter*innen (**15. KJB, S. 421**). Solche Jugendringe können ihrer Aufgabe, die Interessen von Jugendlichen zu vertreten, folglich nur wenig Zeit und Engagement widmen.

In Jugendparlamenten und ähnlichen Formaten können junge Menschen zwar ihre Interessen formulieren und vertreten – doch ob das wirklich zu Veränderungen führt, hängt allzu häufig vom Wohlwollen der örtlichen Politiker*innen ab.

Dies sind Beispiele für ein allgemeines Dilemma, in dem die Beteiligung von jungen Menschen in der Politik steckt. Auf der einen Seite betonen politische Institutionen ihr Interesse an der Beteiligung Jugendlicher und probieren aus, wie sie gelingen kann. Auf der anderen Seite wird politische Jugendbeteiligung oft nicht konsequent gedacht und verwirklicht. Tatsächlich können Jugendliche und junge Erwachsene innerhalb der bestehenden Beteiligungsformen meist lediglich ihre Meinungen äußern und nur selten wirklich Einfluss ausüben. So entwickeln junge Menschen beispielsweise in Jugendparlamenten Ideen und Lösungsvorschläge, die von den politischen Entscheidungsträger*innen aber nicht umgesetzt werden müssen. Anstatt die Interessen junger Menschen wirklich ernst zu nehmen, dient Beteiligung in solchen Fällen eher der politischen Bildung: Junge Menschen werden in politische Prozesse einbezogen, um sie an politische Institutionen (wie Parlamente) und Beteiligungsformen (wie Kandidaturen als Repräsentant*innen) heranzuführen, die bereits bestehen und deren Funktionieren sie in Zukunft gewährleisten sollen. Das ist aus zwei Gründen problematisch. Zum einen entspricht dies nicht der Idealvorstellung davon, wie viel Mitgestaltung in einer richtigen Demokratie möglich sein sollte. Zum anderen haben Studien gezeigt, dass Jugendliche und junge Erwachsene sich nur dann für ihre Interessen einsetzen, wenn sie die Erfahrung machen, dass sie tatsächlich Dinge bewegen können.

Politische Bildung als Voraussetzung

„Politische Bildung sollte einen höheren Stellenwert einnehmen. Begeisterung für etwas zu fordern, was in der Schule wenig Aufmerksamkeit bekommt, ist unrealistisch und zu kurz gedacht. Politikunterricht ab der 6. Klasse und aktive Beteiligung von Anfang an (schon in der Kita) wären sinnvoll.“ (15. KJB, S. 126)

Beteiligung baut auf politischer Bildung auf. Diese spielt aktuell jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Es mangelt an einer eindeutigen Definition von politischer Bildung – was sie ist, was sie kann und was sie soll. Auch existieren viele unterschiedliche Konzepte zu ihren Aufgaben und Angeboten. Insgesamt wird politische Bildung in allen „Räumen des Aufwachsens“ (Familie, Bildungseinrichtungen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe) vernachlässigt. Demokratische Abläufe sind zu wenig im sozialen Umfeld und in der Alltagskultur von Jugendlichen verankert. Das ist insbesondere deshalb problematisch, weil politische Bildung entscheidend dazu beiträgt, dass junge Menschen politisches Interesse entwickeln sowie Beteiligungsmöglichkeiten kennen und nutzen lernen.

Die Gesellschaft, in die junge Menschen hineinwachsen, hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Phänomene wie die neue Rolle der sozialen Medien, die Auswirkungen der Globalisierung oder das Erstarken von (Rechts-)Populismus stellen auch die politische Bildung vor große Herausforderungen.

Für junge Menschen wird es schwieriger, sich in der komplexen, global vernetzten und unübersichtlicher werdenden Gesellschaft zu orientieren. Angesichts dessen ist die politische Bildung besonders gefordert, junge Menschen bei ihrer Meinungsbildung und Selbstpositionierung zu unterstützen. Gleichzeitig vermitteln aktuelle Debatten häufig Zweifel an Demokratie und den Medien. Hier muss die politische Bildung ansetzen: Sie muss junge Menschen zu Verantwortungsübernahme

und Mitgestaltung motivieren und ihnen die Möglichkeit zu wirksamer Mitbestimmung aufzeigen. Auch die Digitalisierung von Gesellschaft und Arbeit sollte die politische Bildung in ihre Arbeit einbeziehen. Insbesondere für junge Menschen werden Online-Medien wie Youtube oder soziale Netzwerke immer wichtiger. Sie wirken sich sowohl auf die Kommunikation zwischen Menschen und gesellschaftlichen Gruppen als auch auf die Verbreitung von Informationen aus. Angesichts der Menge an Informationen im Netz wird es schwieriger, diese auszuwählen und einzuordnen. Gleichzeitig werden politische Meinungen online oft über „Gefällt-mir“-Buttons und kurze Kommentare ausgetauscht, anstatt echte Diskussionen zu führen. Zudem sinken in den eher anonymen digitalen Räumen häufig die Hemmungen, Menschen und Gruppen zu beleidigen. Politische Bildung muss auch darauf eingehen, wie junge Menschen mit diesen Gefahren und Herausforderungen umgehen können und sie dabei unterstützen (**Kapitel 6**). Zudem bewegen sich junge Menschen in einer Migrationsgesellschaft mit vielfältigen kulturellen und religiösen Hintergründen. Insgesamt wird die Gesellschaft immer diverser und vielfältiger. Hier muss die politische Bildung neben Toleranz auch Respekt vermitteln und aufzeigen, wie demokratische Teilhabe für alle möglich gemacht werden kann.

Angebote der politischen Bildung für junge Menschen sollten dementsprechend überdacht und angepasst werden. Ein wichtiger erster Schritt wäre, dass die Akteur*innen in Bildungseinrichtungen und in der Jugendarbeit die Bedeutung politischer Bildung anerkennen und sie von einem größtenteils undefinierten, eher beiläufig behandelten Thema zu einer Priorität machen. Hierfür müssen entsprechende Ressourcen wie Gelder, Räume und Personal zur Verfügung gestellt werden. Zudem sollte politische Bildung nicht wie bisher in erster Linie in politischen Institutionen verortet sein, die für junge Menschen schwer zugänglich sind. Stattdessen muss Demokratie dort erlebbar sein, wo Jugendliche und junge Erwachsene ihren Alltag verbringen und aufwachsen. Das fördert Mitgestaltung auch auf lange Sicht.



Und das sagt die Bundesregierung dazu:

„Der Bericht widerspricht der Einschätzung, die junge Generation sei ‚politikverdrossen‘, bestätigt aber ein anhaltend niedriges Vertrauen der Jugendlichen in Parlamente und Parteien. Der Jugendbericht wirft die Frage auf, inwiefern die Interessen von Jugendlichen durch Parteien, Gewerkschaften und ihre Jugendorganisationen vertreten werden und wie lebensweltbezogen sie für junge Menschen sind. Die Bundesregierung hält diese Frage für berechtigt und sieht hier gemeinsamen Handlungsbedarf für die Politik und alle demokratischen Institutionen. Sie betrachtet mit Sorge, dass sich junge Menschen immer weniger an demokratischen Entscheidungsstrukturen (Wahlen und Parteien) unserer Gesellschaft beteiligen.“ **(15. KJB, S. 12)** Hierdurch drohen nach Ansicht der Bundesregierung ein Bedeutungsverlust für die junge Generation und ein Legitimationsverlust für die parlamentarische Demokratie. „Das bemerkenswerte Engagement junger Menschen etwa bei der Hilfe für Geflüchtete, im Rahmen von Umweltaktionen und anderen, meist projektorientierten Aktionen, erfährt grundsätzlich die Wertschätzung der Bundesregierung. Es muss jedoch auch gelingen, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu vermitteln, dass Wahlen und Parteien konstitutiv für eine freie und offene Gesellschaft und damit für jede Bürgerin und jeden Bürger sind und dass es daher lohnt, sich auch in dieser Form für diese Gesellschaft einzusetzen.“ **(15. KJB, S. 12)**

„Die Bundesregierung ist sich der hohen Anforderung bewusst, dass Jugendbeteiligung die Aushandlung unterschiedlicher Positionen sowohl angesichts sozialer Ungleichheiten zwischen jungen Menschen selbst als auch des Machtgefälles zwischen Jugendlichen und (erwachsenen) Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern leisten soll.“ **(15. KJB, S. 12)** Die Bundesregierung hält diesen Anspruch für noch nicht hinreichend eingelöst und unterstützt damit die Forderung der Berichtskommission nach einer „gesellschaftlichen Beteiligungs- und Verantwortungskultur im Jugendalter“. **(15. KJB, S. 13)** Die Bundesregierung sagt aber auch, dass von Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine aktive Mitwirkung an den Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen der Gesellschaft, deren Teil sie sind, erwartet werden kann.

Nach Ansicht der Bundesregierung sollten die vielfältigen Beteiligungsformen, die es gibt, so eingesetzt werden, „dass bestmöglich Mitsprache, Mitbestimmung bzw. Selbstbestimmung erzielt wird. Darüber hinaus sollte immer auch die Selbstpositionierung und Verselbstständigung der beteiligten Jugendlichen gefördert werden.“ **(15. KJB, S. 12)**

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend misst der Beteiligung Jugendlicher und junger Erwachsener insbesondere bei der Umsetzung der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ einen hohen Stellenwert bei. Bei der Konzeption, Durchführung und Evaluation der einzelnen Vorhaben wird auf eine entsprechende Beteiligung Jugendlicher und junger Erwachsener geachtet. Interessenvertretungen (zum Beispiel Jugendverbände) sind regelhaft in die Vorhaben eingebunden, und direkte Jugendbeteiligung erfolgt etwa in Form von Befragungen, BarCamps, durch Online-Tools, Jugendforen und Beteiligungswerkstätten. Darüber hinaus unterstützt das Bundesjugendministerium Projekte zur gezielten Förderung von Jugendbeteiligung, zum Beispiel die Online-Plattform „jugend.beteiligen.jetzt“.

Die Bundesregierung verweist auf verschiedene Programme und Maßnahmen zur Demokratie- und Engagementförderung, zum Beispiel das Programm „Demokratie Leben!“, den Bundesfreiwilligendienst und die Jugendfreiwilligendienste.

Darüber hinaus stimmt die Bundesregierung dem Bericht darin zu, „dass eine neue Kultur der politischen Bildung und der Demokratiebildung notwendig ist mit mehr Zeit, mehr Engagement und neuen Konzepten. Es darf in der Tat nicht allein um die Aneignung von Techniken und Verfahrensweisen politischer Entscheidungsfindung gehen.“ (15. KJB, S. 27) Stattdessen muss politische Bildung zur „Entwicklung einer demokratischen Haltung, einer eigenen, begründeten Meinung und einer Bereitschaft, sich (...) zu beteiligen“ beitragen.“ (15. KJB, S. 27) Im Hinblick auf politische Jugendbildung bestünde ein gemeinsamer Handlungsbedarf für die Politik, für die Medien sowie für weitere zivilgesellschaftliche Akteure, insbesondere erwähnt die Bundesregierung hierbei die Schule und die Kinder- und Jugendarbeit. Ebenfalls stimmt die Bundesregierung der Einschätzung des Berichts zu, „dass der Schule als zentraler Bildungsort, den alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen im Verlauf ihrer Bildungsbiografie durchlaufen und in dem sie wichtige fachliche, methodische, soziale und personale Kompetenzen erwerben, auch ein zentraler Ort der Demokratiebildung ist. (...) Zugleich sind weitere Bildungsorte für junge Menschen von großer Bedeutung, nach der Schule die berufliche Bildung oder die Hochschulbildung sowie neben den formalen Bildungseinrichtungen zahlreiche außerschulische Bildungsorte. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beabsichtigt, im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ Maßnahmen zur Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention im Bildungsbereich zu fördern.“ (15. KJB, S. 27)





V.

Wie junge Menschen einen Platz finden

Der Ort und das Umfeld, in dem man aufwächst, spielen eine wichtige Rolle bei der Bewertung der eigenen Zukunftschancen. Auch das Vorhandensein oder Fehlen von Handlungsräumen für junge Menschen ist wichtig für die Identität und die Bewertung der eigenen Situation.

Junge Menschen brauchen Orte in ihrem persönlichen Umfeld und im öffentlichen Raum, an denen sie sich ausprobieren können und die sie nach eigenen Wünschen gestalten dürfen. Das können Orte sein, an denen Freiheiten und Grenzen ausgelotet werden, wie zum Beispiel in Parks und auf Sportplätzen, in Einkaufs- und Stadtzentren oder in Jugendclubs. Je älter Jugendliche sind, desto wichtiger werden Räume der Freizeitgestaltung außerhalb der Schule.

Ob junge Menschen Zugang zu solchen Räumen und Möglichkeiten zu ihrer Gestaltung haben, unterscheidet sich jedoch zwischen Stadt und Land. Jugendliche und junge Erwachsene in vielen ländlichen Regionen sind zum Beispiel sehr viel stärker von Busverbindungen oder regionalen Angeboten abhängig. Sie haben auch meist weniger Auswahl bei Ausbildung oder Beruf, weswegen viele in die Städte ziehen.

Gleichzeitig nimmt die Anzahl an Möglichkeiten zu, in anderen Ländern und sogar auf anderen Kontinenten zu lernen, zu reisen und zu arbeiten. Doch auch diese Möglichkeiten hängen vom eigenen Lebensumfeld und den Spielräumen ab, das eigene Leben zu gestalten. Durch die internationalen Bildungs- und Arbeitsangebote steigt der Druck: Jugendliche und junge Erwachsene müssen flexibler sein. Durch die Vielfalt an Möglichkeiten wird es herausfordernder, sich persönlich zu positionieren.

Im öffentlichen Raum

Räume sind in diesem Zusammenhang eher als Handlungsräume zu verstehen, denn als konkrete geographische Orte. Zunächst unterscheiden sich öffentliche Räume durch den Grad ihrer Zugänglichkeit, ihrer Anbindung an Institutionen (zum Beispiel Schulen oder Jugendclubs) und den damit einhergehenden Grad der Kontrolle. In frei zugänglichen öffentlichen Räumen (zum Beispiel Parks) ist die Kontrolle am geringsten. In institutionalisierten öffentlichen Räumen (zum Beispiel Vereinshäuser oder Musikschulen) ist der Einfluss der Erwachsenen hingegen am größten. Dazwischen lassen sich öffentlich zugängliche Räume fassen, an denen zwar Aufsicht vorhanden ist, aber die Menschen sich relativ frei bewegen können (zum Beispiel Einkaufszentren oder Bahnhöfe). Auch der virtuelle Raum ist ein öffentlicher Raum. Zwar unterliegt er keiner institutionalisierten Kontrolle, dennoch ist er eng mit dem sozialen Raum der Nutzer*innen verbunden und erweitert als solcher den Wirkungskreis der Jugendlichen.

Ob beim Fahren mit der S-Bahn, dem Abhängen in Fußgängerzonen, dem Organisieren von Veranstaltungen im Jugendclub oder dem Treffen auf Festen mit Gleichaltrigen: all diese Handlungen sind Beispiele für die Aneignung von (öffentlichen) Räumen. Es ist für junge Menschen wichtig, sich auszuprobieren und verschiedene Handlungsmöglichkeiten kennenzulernen. Sie erfahren dadurch Selbstständigkeit und erlernen verschiedene Verhaltensweisen samt ihrer Konsequenzen.

Wer erwachsene Rollenmuster austesten möchte, geht ins Café oder Restaurant. Andere suchen sich Marktplätze, Stadtzentren, Industriebrachen oder Bushaltestellen als Hang-Out-Zonen. Unbeaufsichtigt und auf Außenstehende ziellos wirkend Freizeit zu verbringen, ist für junge Menschen wichtig. Es ist genauso wichtig wie das regelmäßige Wechseln zwischen On- und Offlinerräumen, wobei Konzentration und Selbstbewusstsein, aber auch Selbstkontrolle notwendig werden. Auch kann es Ausdruck von spezifischen Jugendkulturen sein, zwischen verschiedenen Aufenthaltsorten zu wechseln. Skater*innen und Sprayer*innen finden zum Beispiel mit neuen Plätzen immer neue Herausforderungen und bewegen sich durch den öffentlichen Raum.

Und doch gibt es immer weniger Räume, die Jugendliche selbst gestalten können. Häufig werden Jugendliche im öffentlichen Raum als Störenfriede wahrgenommen, es wird an Sachbeschädigung und Ruhestörung gedacht. Junge Menschen werden von öffentlichen Plätzen verdrängt.

Jugendliche und junge Erwachsene halten sich immer häufiger im Internet auf. Dort können sie sich den Regeln der Erwachsenen entziehen und erlangen gefühlt die gewünschte Bewegungsfreiheit.

Das Internet wird als Raum dort umso wichtiger, wo es im realen Raum wenige Angebote gibt. Wer auf dem Land lebt, ist dabei häufig doppelt benachteiligt: Zwar ist die Onlinekommunikation hier notwendiger, doch die Breitbandverbindungen fehlen häufig. Gerade in ländlichen Regionen ist der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur wichtig, um den digitalen Ausschluss von Menschen zu beenden.



Auf dem Land

„Wir sind in einem Faschingsverein, der uns das ganze Jahr über Aktivitäten bietet. Wenn wir jetzt den ganzen Tag in der Schule sind, fällt unser Hobby aus. Manche von uns fahren über eine Stunde von und nach Hause: dauert die Schule zu lange, haben wir keine Zeit mehr für Tanzen und andere Beschäftigungen.“ (15. KJB, S. 129)

Für Jugendliche und junge Erwachsene auf dem Land wird es schwieriger, überhaupt als Gruppe mit eigenen Bedürfnissen wahrgenommen zu werden. Da auf dem Land der Altersdurchschnitt immer höher wird, können junge Menschen sich dort nicht leicht ausleben.

Neben den demografischen Veränderungen stellt auch die Infrastruktur in ländlichen Gebieten ein Problem für junge Menschen dar: Busse fahren seltener, Schule, Wohnort und Orte der Freizeitgestaltung liegen teilweise weit auseinander. Das wirkt sich auf die Gestaltung der freien Zeit und die Handlungsräume aus. Oft kann das bestehende Ausbildungs- und Freizeitangebot nicht die Wünsche der Jugendlichen erfüllen, da es zu wenige Kapazitäten gibt.

Gerade auf dem Land sind junge Menschen häufiger in Vereinen aktiv als Jugendliche und junge Erwachsene in Städten. Sie sind vor allem in Sportvereinen und dort zugleich auch von (meist männlichen) Erwachsenen umgeben. Da junge Menschen hier mehr Zeit mit Erwachsenen verbringen, geschieht auch mehr Anpassung an die Kultur der älteren Generationen. Das bedeutet jedoch, dass weniger jugendkulturelle Orte übrig bleiben.



Jugendliche und junge Erwachsene aus strukturschwachen Regionen investieren mehr Zeit und Energie, um sich mit den Umständen zu arrangieren. Sie schaffen sich Nischen (zum Beispiel auf Dorf- und Heimatfesten) oder organisieren regelmäßige Fahrten in die nächste Großstadt. Doch nicht immer gelingen diese Unternehmungen, sodass viele junge Menschen in ländlichen Regionen unzufrieden mit den vorhandenen Handlungsmöglichkeiten sind.

Eine Studie mit Brandenburger Jugendlichen hat ergeben, dass 60 Prozent der dort lebenden Jugendlichen sich durchaus vorstellen können, in ihrer Heimat zu bleiben (**15. KJB, S. 259**). Deutschlandweit ist jedoch nur die Hälfte der Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf dem Land zufrieden mit ihrem Lebensumfeld. Bei jungen Städter*innen und Menschen in wirtschaftlich starken Regionen sind dies mit einer 70-prozentigen Zufriedenheitsrate schon deutlich mehr (**15. KJB; S. 259**).

In „Brennpunkten“

Eine besondere Herausforderung beim Aufbau eines positiven Selbstbildes gibt es für junge Menschen in den viel beschworenen „Problembezirken“. Selbst wenn sie Freund*innen und Familie haben, wissen, wo sie sich wohlfühlen, wo sie Platz für sich haben und wie sie ihre Zeit gestalten, wirken sich negative Betrachtungen von außen auf das eigene Selbstbild aus. Wenn junge Menschen immer wieder gesagt bekommen, dass sie nicht nur am Rand der Stadt, sondern auch am Rand der Gesellschaft leben, integrieren sie dieses negative Bild in ihre eigene Identität und in die Bewertung ihrer persönlichen Zukunft. In der Folge entwickeln sie öfter Zukunftsängste als junge Menschen in sozial und wirtschaftlich stabileren Wohngebieten.

Viele junge Menschen bleiben in den ihnen vertrauten Vierteln und im gewohnten sozialen Umfeld. Jugendliche, die für eine höhere Schulbildung ihre Heimatviertel tagsüber verlassen, müssen sich mehr bemühen, um zwischen den verschiedenen sozialen Umgebungen zu wechseln. Mitunter wird das eigene Viertel dann als ein negativer Raum empfunden, aus dem sie möglichst schnell herauskommen möchten. Ein Großteil der Jugendlichen, vor allem jene mit Migrationshintergrund, bleibt jedoch im eigenen Viertel. Vor allem die Angst vor rechter Gewalt und Ausgrenzung schreckt sie davor ab, in fremde Viertel zu gehen. Dies kann allerdings auch identitätsstiftend sein und kulturell durchaus positiv gedeutet werden, beispielsweise im Gangsta-Rap und Hip-Hop. Hierbei spielt das

eigene Wohnumfeld als Ausdruck selbstbewusst gelebter Identität eine wichtige Rolle. Zentrale Themen in den Texten sind häufig Bindungen zum eigenen Freundeskreis und zum Wohnviertel. In Forschung und Medien setzt man sich intensiv mit den Problemen von jungen Menschen in benachteiligten Sozialräumen auseinander. Wie Jugendliche und junge Erwachsene ihr Lebensumfeld aber selbst bewerten, ist noch nicht ausreichend untersucht.

Oftmals hält sich das Klischee von gewaltbereiten Jugendlichen aus sozial schwierigen Stadtteilen. Jugendkriminalität gibt es jedoch überall. Begünstigend für Jugendkriminalität können fehlende positive Vorbilder und Rollenbilder sein, ein gewaltbereites soziales Umfeld unter Freund*innen, in der Familie und im Wohnumfeld oder auch mangelnde Kontrolle der Aufenthaltsorte.

In der Welt

Auch mit Blick auf die Möglichkeit, auf der ganzen Welt zu reisen, zu leben oder zu arbeiten, gibt es große Unterschiede. Nicht für alle jungen Menschen wird es immer leichter, überall hin zu reisen. Zwar werden Bildungsabschlüsse international vergleichbar, und über das Internet lässt sich ganz einfach über Kontinente hinweg Kontakt halten, aber nicht alle Jugendlichen profitieren davon. Insgesamt lässt sich feststellen, dass Jugendliche und junge Erwachsene viel selbstverständlicher mit Menschen unterschiedlicher Herkunft aufwachsen. Internationale Kommunikation und die Bewegung in globalen Räumen wird für viele zur Gewohnheit. Durch diese Möglichkeiten ergeben sich einerseits viele Chancen, auf der anderen Seite steigen auch die Erwartungen: Junge Menschen müssen oft flexibler bei der Wahl ihrer Arbeits- und Ausbildungsorte sein. Und auch hier zeigt sich: Jugendliche und junge Erwachsene mit höheren Bildungsabschlüssen genießen eher die Vorzüge einer internationalen Ausbildung und eines einfacheren Zugangs zum internationalen Arbeitsmarkt.

Und das sagt die Bundesregierung dazu:

Die Bundesregierung hält es für wichtig, Jugendpolitik auch europäisch und international zu denken. Die Lebensbedingungen junger Menschen werden grenzübergreifend gestaltet und junge Menschen aus verschiedenen Ländern sollen die Möglichkeit haben, voneinander zu lernen. Dazu soll unter anderem mit der Initiative „Chancen eröffnen durch Austausch und Begegnung“ (15. KJB, S. 22) die grenzüberschreitende Mobilität insbesondere benachteiligter junger Menschen gefördert werden.

Die Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ gibt der Jugend eine Stimme in der Demografiestrategie der Bundesregierung und legt einen besonderen Schwerpunkt auf ländliche Regionen und folgende Handlungsfelder: Zusammenhalt von Familien und Generationen, Daseinsvorsorge und Jugendarbeit, Mobilität, Breitband-Internet und Mobilfunk, Jugendbilder in Politik und Öffentlichkeit, Mitwirkung junger Menschen, Bildung, Arbeitswelt, Integration und Vielfalt. Die AG „Jugend gestaltet Zukunft“ verbindet die Demografiestrategie mit der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“.

Darüber hinaus fördert die Bundesregierung auch konkrete Projekte vor Ort. Dazu dient beispielsweise das Programm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“, mit dem in 15 Bundesländern Jugendliche unterstützt werden.



VI.

Wie junge Menschen mit digitalen Medien leben

Jugendliche und junge Erwachsene bewegen sich zwischen Online- und Offline-Welten. Dafür nutzen sie aktiv und kreativ die digitalen Medien und gestalten beide Welten mit. Sie erwerben Fähigkeiten, die auch später wichtig für sie sind. Sie positionieren und präsentieren sich in Fotos und Videos und erweitern ihren Handlungsraum – sie werden selbstständig. Online zu sein ist heute normal für Jugendliche. Wer es nicht ist, läuft Gefahr, ausgeschlossen zu werden. Im Freundeskreis, in der Schule, in der Berufsausbildung oder im Studium spielt das Internet eine sehr wichtige Rolle. Jedoch hat nicht jede*r die gleichen technischen Zugänge und Möglichkeiten, um an der digitalen Welt teilzuhaben und sich einzubringen. Wer in der Offline-Welt benachteiligt ist, ist es noch viel mehr in der Online-Welt.

Das Internet ist ein Ort der Herausforderungen und Risiken. Es wird dominiert von großen Unternehmen, die ununterbrochen Daten über ihre Nutzer*innen sammeln. Selten legen sie offen, was sie mit den Daten tun. Gerade an diesem Punkt sollte die Jugendmedienpolitik stärker berücksichtigen, was junge Menschen im Internet machen und wofür sie sich interessieren. Auch die Unternehmen und Anbieter sollten stärker in die Verantwortung genommen werden.

Zeitgleich online und offline

„Das ist so ein Zwang, dass man irgendwie an das Handy ran muss, dass es piep, piep macht und dass man sofort rangeht.“ (15. KJB, S. 122)

In der Welt vernetzen sich immer mehr Menschen miteinander, die eigentlich sehr weit voneinander entfernt sind. Die Gesellschaft wird globaler gedacht. Junge Menschen nutzen das Internet sowohl in ihrer Freizeit als auch für die Schule, für das Studium und die Arbeit. Es spielt in ihrem Alltag eine große Rolle, insbesondere bei der Kommunikation. Allerdings verschieben sich dadurch immer mehr die Grenzen im Leben junger Menschen: Einerseits werden nun auch solche Informationen online veröffentlicht und einer großen Zahl an Menschen zugänglich gemacht, die vorher nur wenige mitbekommen haben. Andererseits verschiebt sich die Grenze zwischen virtuellen und realen Räumen. Denn mit dem Internet können junge Menschen an beiden Orten gleichzeitig sein.

Das bedeutet für sie, dass sie die neuen Verhältnisse ausbalancieren müssen, während sie sich in der Medienwelt bewegen. Familie und Schule zum Beispiel fordern weiterhin Verbindlichkeit durch einen klaren Tagesablauf und Anwesenheit. Das Internet hingegen ist ein Raum, in dem die üblichen Grenzen von Körper, Zeit und Raum nicht mehr gelten. Da die Online- und Offline-Welten immer enger verknüpft sind, müssen aber beide zusammen gedacht werden.

„Mittlerweile ist jedes Kind, jeder Jugendliche gezwungen ein Smartphone zu haben, sonst ist er im Alltag verloren, ohne dass er etwas dafür kann.“ (15. KJB, S. 122)



Junge Menschen verbringen im Netz durchschnittlich mehr Zeit mit Chatten, Mailen oder dem Austausch innerhalb von Online-Communities als mit der Nutzung von Unterhaltungsmedien (Musik, Bilder, Videos), Spielen oder der Suche nach Informationen – wobei aber auch diese Aktivitäten in der Regel mit Kommunikation verbunden werden. Mit vielen Menschen gleichzeitig verbunden zu sein, eröffnet einerseits viele Möglichkeiten. Andererseits wird die ständige Verfügbarkeit auch als Anstrengung empfunden. Das kann junge Menschen stressen und als sozialer Druck wahrgenommen werden, wenn sie immer erreichbar sein oder Angst haben müssen, eine Konversation oder ein Ereignis zu verpassen.

Die neuen Medien bieten Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Vielzahl an Möglichkeiten, einen Platz in der Gesellschaft zu finden und herauszufinden, wer sie sind oder sein möchten. Mehr als die Hälfte der jungen Internet-Nutzer*innen teilt Fotos oder Videos von sich selbst, Freund*innen und Verwandten. Ein Großteil der jungen Menschen macht seine Hobbies in der Online-Community öffentlich. Während junge Menschen sich ihre Meinung zu Kultur, Politik und Religion bilden, präsentieren sie ihre Gedanken und Ansichten zu bestimmten Themen auf Blogs und Vlogs. Das Suchen, Sammeln und Posten von Bildern, Texten oder Videos ist eine Möglichkeit, eigene Interessen zu finden und sie mit anderen zu teilen.

In Online-Communities beziehen Jugendliche und junge Erwachsene Position. Dort können sie Gleichgesinnte treffen, denen sie in der Offline-Welt womöglich niemals begegnen würden. Besonders gemeinschaftlich sind digitale Fan- und Subkulturen. So haben Fans der Harry-Potter-Bücher nicht einmal zwei Tage gebraucht, um in einem Team aus 189 Personen den sechsten Band ins Deutsche zu übersetzen.

Kreativ, selbstbestimmt, vielfältig

Jugendliche lernen den Umgang mit Medien im Internet meist selbstständig. Die rasante Entwicklung von Soft- und Hardware erfordert es dabei, dass sie sich ständig anpassen und schnell neu orientieren können. Beim „Modding“ wird beispielsweise bestehende Hard- und Software so verändert, dass daraus etwas ganz Neues entsteht. Dafür gibt es kein Geld, sondern die Anerkennung ihrer Community. Neben der Qualifizierung im Umgang mit Medien lernen junge Menschen im Netz zudem, mit verschiedenen Meinungen und Konflikten umzugehen. Auch Verständnis für die Anschauungen anderer kann entwickelt werden.

„Im Internet ist jedermann ein Rambo, da kann sogar ein Zehnjähriger den großen Macker spielen und mit vulgären Beleidigungen kommen.“ (15. KJB, S. 124)

Doch auch negative Erfahrungen gehören zum Alltag im Netz. So erleben junge Nutzer*innen selber oder am Beispiel anderer, wie online Meinungsverschiedenheiten ausgetragen und Beleidigungen geäußert werden. Das Cybermobbing beispielsweise ist eine Form, bei der Nutzer*innen öffentlich gedemütigt werden. Dabei werden Gerüchte oder peinliche Fotos verbreitet. In Gesprächen mit der Sachverständigenkommission zum 15. Kinder- und Jugendbericht wünschten sich Jugendliche, dass Cybermobbing häufiger in der Schule thematisiert wird. Dafür fehlt es derzeit jedoch an ausgebildetem Fachpersonal.

Auch Hate-Speech, offen ausgetragener Hass, ist eine Herausforderung für junge Menschen. Dazu gehören beispielsweise Rassismus, Hass auf LSBT*IQ (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*personen, Intersexuelle und Queers) und extremistische Ideologien.

Wie gegen Hass im Netz vorgehen? Das International Network Against Cyber Hate (inach.net) und No-Hate-Speech-Movement nohatespeechmovement.org setzen sich dafür ein.

Sharen und Schützen

Alle jungen Menschen in die Gesellschaft miteinzubeziehen bedeutet in der heutigen Zeit auch, digitale Teilhabe zu ermöglichen. Dazu gehört die Präsenz junger Menschen in sozialen Netzwerken, in denen sie auf Gleichgesinnte und Gleichaltrige treffen. Aktuell nutzen junge Menschen meist nur wenige populäre Dienste. Drei davon, Facebook, Whatsapp und Instagram, sind in Besitz eines Unternehmens, nämlich Facebook. Der Vierte, das Videoportal Youtube, gehört zu Google. Jugendliche und junge Erwachsene wissen, dass die beiden Großunternehmen auf ihre Daten zugreifen, wenn sie ihre kostenlosen Dienste gebrauchen. Sie wissen auch, dass die Unternehmen die Daten im eigenen Profitinteresse nutzen.

Zwar lehnen es junge Leute ab, dass ihre persönlichen Daten verkauft werden. Gleichzeitig wollen sie aber nicht auf die sozialen Netzwerke verzichten, in denen Bestätigung und Rückmeldung durch Likes und Retweets stattfindet. Sich hier zu präsentieren und Feedback zu erhalten, ist Teil ihrer Selbstpositionierung (**Kapitel 1**). Daher müssen junge Menschen jederzeit prüfen und abwägen, welche persönlichen Daten sie preisgeben und welche sie schützen wollen. Theoretisch gibt es zwar die Möglichkeit, sich dem zu entziehen, doch sind junge Menschen einem großen Mitmach- und Mithaltdruck ausgesetzt.

Zusätzlich sehen sie wenige Möglichkeiten, mitzubestimmen, ob und wie ihre Daten genutzt werden. Soziale Teilhabe ist somit nur unter der Preisgabe persönlicher Daten an Großkonzerne möglich. Viele junge Menschen geben an, bestimmte Informationen nur mit Freund*innen zu teilen, statt sie öffentlich zu machen. Vor allem bei der eigenen Handynummer passen sie auf. Nur fünf Prozent veröffentlichen ihre Handynummer, aber 67 Prozent stellen Fotos oder Filme ins Netz.

Deshalb muss sich Jugendmedienpolitik für einen jugendgerechten Datenschutz einsetzen und junge Menschen dafür sensibilisieren, gewissenhaft und verantwortungsbewusst mit den eigenen Daten im Netz umzugehen. Die bisherigen Datenschutzregeln sind für Erwachsene gemacht und verpflichten Unternehmen offen zu legen, wie sie mit den Daten der Nutzer*innen umgehen. Sie fordern aber keine altersgerechte und verständliche Sprache für junge Menschen. Um Jugendlichen zu ermöglichen, selbstbestimmt zu entscheiden und im Internet auftreten zu können, braucht es jugendgerechte Informationen.

Grenzen der digitalen Teilhabe

Soziale Ungleichheiten bei jungen Menschen zeigen sich auch in den Einstellungen und Umgangsweisen mit dem Netz (**Kapitel 1**). Gerade deshalb ist es von enormer Bedeutung, dass die digitale Welt allen jungen Menschen gleiche Entwicklungschancen bietet.

In der Realität ist die digitale Teilhabe von fehlenden Zugängen und Unterschieden im Umgang mit Medien geprägt. Entscheidend ist der Wohnort von jungen Internetnutzer*innen. Gerade im ländlichen Raum und im Osten Deutschlands sind junge Menschen wesentlich schlechter an das Internet angebunden als im Rest des Landes. Für gleiche Voraussetzungen unabhängig vom Wohnort zu sorgen, muss deshalb zentraler Bestandteil einer Strategie des digitalen Ermöglichens von Jugend sein.

Eine weitere „Kluft im Netz“ besteht zwischen Internetnutzer*innen, die selbst uneingeschränkten Zugang und ausreichendes Wissen und Können im Umgang mit Medien haben, und Nutzer*innen, denen ein Großteil des Internets unverständlich ist, weil Wissen, Fähigkeiten und Anregungen fehlen.

Ob Jugendliche und junge Erwachsene im Netzalltag auf Barrieren stoßen, hängt stark von der Familie und dem sozialen Status ab. Junge Menschen, deren Eltern studiert haben, sind nicht nur technisch besser ausgerüstet, sondern werden vergleichsweise häufiger unterstützt, wenn sie sich Medienkompetenzen aneignen. Demgegenüber sind Jugendliche, deren Eltern weniger Einkommen, Zugang zu Kultur und einen geringeren Bildungsstand haben, benachteiligt. Umso wichtiger ist es, auch diesen Jugendlichen einen kritischen Umgang mit Inhalten und Angeboten im Netz beizubringen. Dies sollte ein zentrales Ziel der Bildungspolitik sein.

„Ein Studium ist ohne Smartphone, Internet und PC nicht mehr zu leisten.“ (15. KJB, S. 122)

Eine ebenso wichtige Rolle für das Verhalten im Internet spielt die schulische Ausbildung. Gymnasiast*innen nutzen das Internet häufiger zur Kommunikation und anderen Zwecken, während Hauptschüler*innen hauptsächlich spielen. Allgemein ist zu beobachten, dass



Gymnasiast*innen einen besseren Zugang zu Medien mit größerer Optionsvielfalt haben, Hauptschüler*innen hingegen nur ein geringeres Interesse an Lernangeboten aufweisen.

Unterschiede werden auch bei den körperlichen und geistigen Voraussetzungen deutlich. Vor allem junge Menschen mit Behinderungen werden aus der digitalen Welt oft ausgeschlossen. Studien zeigen, dass Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen gleich auf mehreren Ebenen benachteiligt sind. Davon sind vor allem Menschen mit Lernschwierigkeiten und geistigen Beeinträchtigungen betroffen. Zum einen kämpfen sie mit einem erschwerten Zugang zu Informationen. Zum anderen befinden sie sich häufig in Einrichtungen, die digitale Teilhabe nicht als Schwerpunkt ihrer Arbeit verstehen. Außerdem leben sie häufiger in Haushalten, die von Armut gefährdet sind. Wenn sie sich im Internet bewegen wollen, finden sie nur wenige Inhalte, die barrierefrei sind. Wichtig ist, dass neben dem Staat auch die Unternehmen, die für die Inhalte im Netz zuständig sind, dazu aufgefordert werden, sich um einen gleichen Zugang für alle zu bemühen.

Da junge Menschen das Internet je nach sozialer Herkunft in unterschiedlicher Weise nutzen können, handelt es sich nicht um einen Raum, der für alle die gleichen Möglichkeiten eröffnet. Stattdessen bringen die Jugendlichen sehr unterschiedliche Voraussetzung bei der Bewältigung ihrer Kernherausforderungen mit. Um alle gleichermaßen unterstützen zu können, muss das Internet zu einem Raum der digitalen Teilhabe für alle werden.

Und das sagt die Bundesregierung dazu:

Der Bedeutung von digitaler Teilhabe ist sich auch die Bundesregierung bewusst, die dabei auf ihre Digitale Agenda verweist.

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass Medienkompetenzen bei jungen Menschen auch in der außerschulischen Bildung gestärkt und gefördert werden. Wichtig ist auch die Stärkung der Rechte junger Nutzer*innen und der Jugendmedienschutz, der als eine Art „Koproduktion zwischen Eltern, Gesetzgeber und Medienanbietern“ (**15. KJB, S. 19**) umgesetzt werden soll. Die Bundesregierung will Regelungen entwickeln, bei denen die Teilhabe und der Schutz von jungen Menschen bereits in der Entwicklung digitaler Produkte und Medien eine wichtige Rolle spielt. Beispiele sind sogenannte Schutzkonzepte für die Ausgestaltung von Endgeräten sowie die Förderung eines bewussteren Umgangs mit elektromagnetischen Strahlungen digitaler Geräte.

Außerdem will der Bund zukünftig stärker mit den Bundesländern und den Landesmedienanstalten, jugendschutz.net, den Freiwilligen Selbstkontrollen und dem erzieherischen Kinder- und Jugendschutz zusammenarbeiten.

Bereits jetzt fördert das Bundesjugendministerium Projekte wie das Initiativbüro „Gutes Aufwachsen mit Medien“ mit dem Online-Medienratgeber „Schau Hin! Was Dein Kind mit Medien macht“. Weitere Maßnahmen sind die Initiative „klicksafe“ der Landesmedienanstalten, die Internet-Hotlines „internet-beschwerdestelle.de“ und „jugendschutz.net“ sowie das Kinder- und Jugendtelefon der Nummer gegen Kummer.





VII.

Wie sich die Ganztagschule schlägt

Mehr als jede zweite Schule in Deutschland ist eine Ganztagschule, die an mindestens drei Wochentagen auch nachmittags geöffnet hat – der Trend geht sogar hin zu mehr Tagen. Doch anstelle noch mehr Unterrichts sollen die ganztägigen Schulformen alternative Bildungsformen anbieten, so lautet die Zielsetzung des bundesweiten Prozesses zum Ausbau der Ganztagsschulen. Die entscheidende Frage hierbei ist, ob die Schulmodelle diese Anforderungen erfüllen können.

„Freizeitgestaltung an der Schule top, außerhalb jedoch auch. Es sollte im gesunden Maß in und außerhalb der Schule was getan werden, denn klar ist: Status quo ist nicht ausreichend.“ (15. KJB, S. 128)

„Die“ Ganztagschule gibt es nicht, dafür herrschen zu große Unterschiede zwischen den Modellen der einzelnen Bundesländer. Eines haben die meisten Ganztagsschulen jedoch gemein: Sie wurden zunächst für Kinder und erst später vermehrt auch für Jugendliche entwickelt. Deshalb liegen noch keine hinreichend aussagekräftigen Erfahrungen von Ganztagsschulen für Jugendliche vor. Sicher ist aber, dass ihre Konzepte bisher nicht ausdrücklich genug auf die Jugend ausgerichtet sind. Dies scheint ein Grund zu sein, warum ältere Schüler*innen weniger Interesse am ganztägigen Besuch der Schule haben und die Angebote am Nachmittag seltener wahrnehmen. Mitgestaltungsmöglichkeiten an den Angeboten sind nur selten vorhanden, obwohl Jugendliche sich Einfluss und Mitwirkung wünschen.

Studien zeigen, dass es Ganztagsschulen darüber hinaus (noch) nicht in ausreichendem Maße schaffen, soziale Ungleichheiten – also zum Beispiel Leistungsunterschiede zwischen armen und reichen jungen Menschen – auszugleichen und generell die Leistungen ihrer Schüler*innen zu verbessern. Daher gilt es zu diskutieren, wie die Ganztagschule ihre gesellschaftlichen Aufgaben besser erfüllen kann. Ein Aspekt ist dabei die Zusammenarbeit von Schule und Kinder- und Jugendhilfe in der Sekundarstufe. Bisher fehlt es allerdings an verbindlichen Vorgaben, wie Ganztagsschulen entsprechend inhaltlich und organisatorisch gestaltet werden sollen.

Als Mittelpunkt für Jugendliche

Für junge Menschen haben Schulen einen großen Stellenwert in ihrem Leben. Auch gesellschaftlich gelten sie als Orte des Lernens und Begegnens sowie des Förderns und Forderns. Sie prägen die Entwicklung von Jugendlichen in besonderem Maße. Einerseits verbringen junge Menschen stetig mehr Zeit in Schulgebäuden und streben höhere Bildungsabschlüsse an. Andererseits dienen Schulen als Räume, um Freundschaften und Beziehungen zu knüpfen. Neben der Familie hat kaum ein anderer Ort einen vergleichbaren Einfluss auf die Entwicklung Heranwachsender.

„Schule sollte ein Ort des lebendigen Lebens sein. Hier sollte nicht nur gelernt und geübt werden, sondern auch Spaß und Ruhe brauchen ihren Raum.“ (15. KJB, S. 128)



Gleichzeitig sind Schulen für junge Menschen auch Orte der Auseinandersetzung und des Konflikts. Widersprüche zwischen zunehmender persönlicher Verantwortung und steigendem Freiheitsdrang prägen die Erfahrungen der Jugendlichen. Dabei bewegen sich die Jugendlichen zwischen der Anforderung, möglichst einheitliche Inhalte zu lernen und sich gleichzeitig möglichst frei zu entwickeln. In verschiedener Hinsicht ist die Schulzeit daher von enormer Bedeutung für die Bewältigung der Kernherausforderungen des Jugendalters.

Im Schulalltag sind junge Menschen gleichzeitig in der Rolle der Schüler*innen und als Mitglied ihrer Cliques und Freundeskreise aktiv. Sie sollen den Ansprüchen der Schule gerecht werden, sich aber auch im Umfeld ihrer Freundschaften entwickeln. Diese oft im Widerspruch zueinander stehenden Rollen bringen unterschiedliche Anforderungen und Erwartun-

gen mit sich. Sie gemeinsam zu stemmen, ist eine der großen Herausforderungen, vor der Schüler*innen im Alltag stehen.

Insbesondere die Ganztagschule kann hier eine vermittelnde Funktion übernehmen. Sie ist der Ort, an dem junge Menschen einen Großteil ihres Tages verbringen, mit unterschiedlichsten Charakteren und Aufgaben in Berührung kommen und eine Reihe von prägenden Inhalten erlernen. Umso wichtiger ist es, dass Schulkonzepte mehr auf das schauen, was junge Menschen eigentlich wollen.

Aus Sicht der Schüler*innen

Wenn man Erkenntnisse für die verbesserte Gestaltung von Ganztagschulen gewinnen will, sollte man sich an den Einstellungen der Jugendlichen selbst orientieren. Was denken sie über die angebotenen Aktivitäten? Sind Ganztagschulen mit einem jugendlichen Leben zwischen Snapchat und Schulnoten vereinbar?

Dass das Alter von Schüler*innen einen Einfluss auf den Besuch von ganztägigen Schulformen hat, zeigen die Zahlen: Je älter sie sind, desto seltener nehmen sie die Angebote in Ganztagschulen wahr. Ab der neunten Klasse fangen sie verstärkt an, sich eigene Wege zu suchen. Auch mit Blick auf die Schulform lassen sich Unterschiede erkennen. So sind Gymnasien und Realschulen seltener mit Ganztagsangeboten ausgestattet als Förder- und Gesamtschulen.

Zudem beruhen die vorhandenen Angebote in Gymnasien stärker auf freiwilliger Teilnahme als in Gesamt- oder Förderschulen. Das führt dazu, dass viele junge Menschen die Ganztagschulen nicht täglich, sondern nur zu ausgewählten Zeiten besuchen.

Die Frage der Freiwilligkeit spielt eine wichtige Rolle dabei, wie Jugendliche Ganztagschulen bewerten. Haben sich junge Menschen selbstständig für den Besuch entschieden, ist ihre Akzeptanz und Zufriedenheit höher als bei Jugendlichen, die gezwungen werden, Ganztagschulen zu besuchen.

„Um sich an der Schule wohlfühlen, braucht es mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten. Der Lebensort sollte selbst mitgestaltet werden können. Im ‚Freizeitbereich‘ der Schule sollten sich Gruppen selbst organisieren können [...]“ (15. KJB, S. 128)

In Umfragen geben ältere Schüler*innen vor allem zwei zentrale Argumente an, warum sie Ganztagschulen ablehnen. Erstens sind viele der Überzeugung, aus dem Alter herausgewachsen zu sein, vorgeschriebenen Freizeitaktivitäten nachgehen zu müssen, und wollen ihre Freizeit lieber selbst gestalten. Zweitens beschreiben sie die von Schulen angebotenen Kurse als langweilig und wenig jugendgerecht, da sie nicht nach ihrer Meinung gefragt werden. Insgesamt wird deutlich, dass viele Schüler*innen mehr Beteiligung und Mitspracherecht wollen. Ganztagschulen müssen deshalb im Sinne gelebter Mitbestimmung verstanden und gestaltet werden. Damit werden sie durch Teilhabe und Verantwortungsübernahme auch zu Orten politischer Bildung (**Kapitel 4**).

Ein Zwischenzeugnis

Auch wenn es aufgrund der vorliegenden Daten nicht möglich ist, der Ganztagschule ein umfassendes Zeugnis auszustellen, sind bestimmte Trends zu erkennen. So ergibt sich mehr als zehn Jahre nach dem Start des flächendeckenden Ausbaus von Ganztagschulen ein gemischtes Bild, das die großen Hoffnungen nur teilweise als erfüllt zeigt. Gerade mit Blick auf die erwarteten Leistungssteigerungen in Form von besseren Noten und den zusätzlichen Erwerb von schulischen Qualifikationen durch ein ganztägiges Angebot zeigen sich nur mäßige Erfolge.

Das gesellschaftspolitische Ziel der Ganztagschulen war es, mehr Chancengleichheit zu schaffen und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, also dafür zu sorgen, dass Eltern auch nachmittags arbeiten gehen können. Bezüglich der Chancengleichheit gibt es bisher allerdings keine Nachweise dafür, dass dieses Ziel erreicht wurde. Dabei sollte es eine der Kernaufgaben der Ganztagschule sein, Ungleichheiten durch Förderung und Unterstützung zum Beispiel durch Nachhilfe und Angebote der Jugendhilfe abzubauen (**Kapitel 2**). Künftig müssen Ganztagschulen also so gestaltet sein, dass sie Bildungsbenachteiligung entgegenwirken können.

Ein positiver Trend ist im Hinblick auf das Ziel zu beobachten, dass weniger Schüler*innen sitzenbleiben. Weniger junge Menschen müssen eine Klasse wiederholen, auch Schulabbrüche werden seltener. Auch beim Sozialverhalten der Schüler*innen sind leichte Verbesserungen erkennbar. Und spricht man mit den Eltern der jungen Menschen, berichten sie von einer Entlastung der Eltern-Kind-Beziehung durch das vorhandene Angebot der Ganztagschule.

In der Gesamtbetrachtung zeigt sich, dass erste Erfolge zwar sichtbar werden, aber auch Möglichkeiten der Verbesserung bestehen. Die Potenziale der Ganztagschule sind noch lange nicht ausgeschöpft und Veränderungen sind notwendig. Dabei sollte das Alter der Schüler*innen, das bisher häufig vernachlässigt wurde, direkter in die Konzepte einfließen. Auch ältere Schüler*innen müssen etwas vom Angebot der Ganztagschule mitnehmen können. Die wichtigste Rolle sollte dabei das Interesse der Jugendlichen selbst spielen.

Zusammen mit Partnern

Damit Ganztagschulen junge Menschen unterstützen und soziale Ungleichheiten mindern können, müssen sie gut ausgestattet sein. Sie brauchen also genug Lehrer*innen, aber auch Gelder, die sie einsetzen können. Besonders wichtig ist es, im Interesse junger Menschen mit anderen Partnern außerhalb der Schule zusammenzuarbeiten.

„Jugendverbände sollten im Interesse junger Menschen ihre Stärken auch an der Schule einbringen. Sie sollten die Chancen, die sich durch den Ausbau der Ganztagschule ergeben, nutzen, um gute Angebote für Kinder und Jugendliche zu machen.“ (15. KJB, S. 130)

Schon zu Planungsbeginn der Ganztagschulen war es ein erklärtes Ziel, die Schulen durch die Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendhilfe und anderen außerschulischen Partnern wie Sport- und Musikvereinen breiter aufzustellen (**Kapitel 8**). Doch auch wenn diese Bündnisse zunehmen, sind sie noch lange nicht überall der Regelfall geworden. Aufgrund der vielen ver-

schiedenen Modelle von Ganztagschulen ist es nur schwer möglich, eine umfassende Übersicht zu erstellen. Allerdings lässt sich erkennen, dass unterschiedliche Bedingungen vorherrschen. So arbeitet etwa die Hälfte der Schulen mit Sportvereinen und ein Viertel der Ganztagschulen mit Kunst- und Musikschulen zusammen (**15. KJB, S. 358**). Vor allem bei der Arbeit mit Trägern und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sind Unterschiede zwischen den Schulformen zu erkennen. Während nur ein Viertel der Gymnasien auf Kinder- und Jugendhilfe setzt, arbeitet knapp die Hälfte aller Sekundarschulen mit Trägern aus diesem Bereich (**15. KJB, S. 359**). Allgemein lässt sich festhalten, dass Gymnasien mit Ganztagsbetreuung vor allem Lernhilfen und Kultur anbieten. An Hauptschulen gibt es nachmittags häufig Jugendhilfeangebote und Sportkurse.

Die bloße Anzahl und die Art der Zusammenarbeit ist jedoch kein Hinweis auf gute Bedingungen des Zusammenwirkens von Schule und außerschulischen Partnern. Ziel sollte sein, dass die jeweiligen Partner ihre eigenen Stärken als selbstständige Gestalter in den Schulalltag einbringen. Gemeinsam an Konzepten zu arbeiten und diese in die Realität umzusetzen, könnte ein wichtiger Schritt hin zu einem Nachmittagsangebot sein, dass sich mehr an den Jugendlichen selbst orientiert (**Kapitel 3**).

Und das sagt die Bundesregierung dazu:

„Die Bundesregierung teilt die im Bericht betonte Auffassung, dass schulische Ganztagsangebote die ‚Individualisierung der Lernprozesse‘ und die ‚individuelle Förderung bei verstärktem Entwicklungsbedarf‘ unterstützen, ebenso, dass dafür neben Schüler- und Jugendorientierung im Unterricht und in den außerunterrichtlichen Angeboten die personellen Kompetenzen der verschiedenen Professionen und die Professionalität der Lehrkräfte eine zentrale Bedeutung haben.“ (**15. KJB, S. 17**) Die Bundesregierung vertritt die Ansicht, dass die Potenziale der Ganztagsangebote in Hinblick auf die Bildung von Jugendlichen noch besser ausgeschöpft werden könnte, von der fachlichen Bildung bis zur Demokratiebildung. Dennoch ist sich die Bundesregierung bewusst, dass die Ganztagschule nicht allein die Probleme ungleicher Bildungschancen lösen kann. Hierfür braucht es sowohl bildungspolitischer als auch sozial-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Anstrengungen.

Die Bundesregierung weist in ihrer Stellungnahme darauf hin, dass die Zuständigkeit für die schulische Bildung – darunter für den Ausbau und die Weiterentwicklung schulischer Ganztagsangebote – bei den Ländern liegt. Dennoch hat die Bundesregierung „mit dem Ganztagsschulprogramm wesentliche Impulse für die kontinuierliche Kooperation von Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen – darunter insbesondere mit der Kinder- und Jugendhilfe – sowie für die Zusammenarbeit unterschiedlicher Professionen im Ganztage – wie zum Beispiel Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen – gesetzt.“ (**15. KJB, S. 17**) Darüber hinaus hat der Bund auch die qualitative Weiterentwicklung der Ganztagsangebote stark unterstützt, zum Beispiel durch die „Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen – StEG“ und die Initiative „Ganztägig bilden“.

Auch die Empfehlung der Sachverständigenkommission, die bereits vielfach gelungene Kooperation von Schule und Kinder- und Jugendhilfe im Ganztage in noch stärkerem Maße zu unterstützen, wird von der Bundesregierung begrüßt: „Aus Sicht der Bundesregierung ist die Kooperation zwischen Schule und Kinder- und Jugendhilfe in schulischen Ganztagsangeboten notwendig, um Angebote ausgehend von den Interessen und Bedürfnissen von Jugendlichen zu gestalten und damit dem Anspruch Eigenständiger Jugendpolitik gerecht zu werden. Um die im 15. Kinder- und Jugendbericht dargestellten Kooperationshemmnisse abzubauen und ‚Struktur- und Kulturunterschiede zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Schule‘ zu überwinden, braucht es einen Perspektivwechsel hin zu einer gemeinsamen, multiprofessionell und auf Augenhöhe wahrgenommenen Verantwortung. Die Bundesregierung unterstützt auch den Vorschlag im Bericht, eine Debatte über die Koordinaten und Eckwerte einer erfolgreichen Kooperation der Kinder- und Jugendhilfe mit Schulen künftig stärker zu führen.“ (**15. KJB, S. 18**)



VIII.

Was Jugendarbeit leistet

Die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit spielen für Jugendliche eine wesentliche Rolle innerhalb ihrer Freizeitgestaltung. Viele lernen sie im Laufe ihrer Kindheit und Jugend kennen – in Jugendzentren, Freizeitheimen oder Jugendclubs oder auch in Sportvereinen oder Jugendverbänden.

Ein vollständiges Bild über die Strukturen, Angebote und Nutzung von Kinder- und Jugendarbeit lässt sich allerdings nicht zeichnen. Der Grund liegt in der Sache selbst: Kinder- und Jugendarbeit ist geprägt von der Vielfalt ihrer Methoden, Inhalte sowie Rahmenbedingungen.

„Wenn Jugendlichen die Möglichkeit gegeben wird, sich eigenverantwortlich um ihre Freizeit zu kümmern, kommt keine Langeweile und Sinnlosigkeit auf. Das macht sich zum Beispiel auch in der Arbeit der Jugendverbände bemerkbar.“ (15. KJB, S. 129)

Jugendliche finden in der Kinder- und Jugendarbeit vielfältige Gelegenheiten und Möglichkeiten, ihre Interessen und Wünsche einzubringen und zu realisieren. Sie entwickeln gemeinsam Positionen und Meinungen, üben zu diskutieren und zu reflektieren. Abhängig vom Wohnort und den sozialen Lebenslagen ergeben sich jedoch unterschiedliche Möglichkeiten für Jugendliche, in Verbänden und Vereinen oder auch in offenen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit aktiv zu werden (**Kapitel 2**). Die Kinder- und Jugendarbeit soll aber alle Jugendlichen nachhaltig fördern und unterstützen.

Die älter werdende Gesellschaft und das verbreitete Gefühl, keine Zeit zu haben, stellen die Kinder- und Jugendarbeit vor neue Herausforderungen. Sie muss vielfältig, offen und flexibel sein, um mit ihren Angeboten alle jungen Menschen erreichen zu können. Hinzu kommt, dass die Kinder- und Jugendarbeit verschiedenen Ansprüchen gerecht werden muss. Auf der einen Seite stehen gesellschaftliche Anforderungen, die überwiegend von Erwachsenen bestimmt werden, und auf der anderen Seite sollen sie die jugendlichen Interessen abdecken (**Kapitel 4**).

Der Status Quo

Junge Menschen gestalten ihre Freizeit an verschiedenen Orten. Zum einen spielt die Familie als ein sehr persönlicher Ort, den man sich nicht aussuchen kann, eine große Rolle. Auch in der Schule, in der junge Menschen viel Zeit verbringen, gibt es neben dem Wissenserwerb durchaus auch Räume zur Freizeitgestaltung. Neben diesen beiden festen Instanzen bietet die Kinder- und Jugendarbeit Räume und Möglichkeiten, um Freizeit zu gestalten.

Die Zahl von Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Am stärksten geht die Zahl der Einrichtungen im westlichen Teil



Deutschlands zurück, während sich in den östlichen Bundesländern die Anzahl der Angebote im Verhältnis zur schrumpfenden Jugend wieder gesteigert hat. Hinzu kommt, dass Jugendliche es fast nur noch am Wochenende schaffen, Zeit in Vereinen und Verbänden zu verbringen, da ihnen unter der Woche durch Schule, Berufsausbildung oder Studium oftmals freie Zeit fehlt (**Kapitel 9**). Diese Veränderungen tragen dazu bei, dass die Kinder- und Jugendarbeit als soziale Stütze für Kinder und Jugendliche neben der Familie und Schule zunehmend an Stabilität verliert.

Die Kinder- und Jugendarbeit befindet sich in einer ständigen Weiterentwicklung; die Möglichkeiten sind vielfältiger, aber auch kommerzieller geworden. Eine eindeutige Einteilung der Kinder- und Jugendarbeit in verbandliche und offene Jugendarbeit oder eine klare Unterscheidung zwischen kultureller und politischer Jugendbildung ist aufgrund der zahlreichen Mischformen und der vielfältigen Formen der Teilhabe kaum noch möglich.

Als Ehrenamt und Hauptberuf

Die Kinder- und Jugendarbeit lebt vom Ehrenamt. Gleichzeitig ist sie auf die Unterstützung durch hauptberufliches Personal angewiesen, um ihre Arbeitsstrukturen zu sichern. Dieses Nebeneinander von freiwilligem Engagement und bezahlter Tätigkeit macht eine Besonderheit der Kinder- und Jugendarbeit aus. Dabei fällt auf, dass die Mitarbeiter*innen in den Vereinen und Verbänden im Durchschnitt seit Jahrzehnten immer älter werden. Ende 2014 waren 43 Prozent der Mitarbeiter*innen zwischen 40 und 60 Jahre, weswegen viele von einem „Verlust der Jugendlichkeit“ innerhalb der Kinder- und Jugendarbeit sprechen (**15. KJB, S. 374**). Hinzu kommt, dass diese Beschäftigten in deutlich höherem Maße befristete Arbeitsverträge haben und damit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen ausgesetzt sind. Während fast jede fünfte Einrichtung in den neuen Bundesländern vollständig mit befristet beschäftigtem Personal arbeitet, trifft das auf nur sechs Prozent der Einrichtungen in den alten Bundesländern zu (**15. KJB, S. 377**). Der Grund für diesen Unterschied liegt in der größeren Abhängigkeit der ostdeutschen Kinder- und Jugendarbeit von Fördermitteln aus befristeten Landes-, Bundes- oder EU-Förderprogrammen. Diese Einrichtungen können immer nur für einen begrenzten Zeitraum finanziell und personell planen.

Neben der aktiven Teilnahme von Jugendlichen an Angeboten will die Kinder- und Jugendarbeit auch erreichen, dass Jugendliche selbst Projekte und Angebote organisieren und dafür Verantwortung übernehmen. Zunehmende zeitliche Anforderungen durch Schule, Studium oder Nebenjobs stellen ein großes Problem dar, wenn es darum geht, Jugendliche für ein solches Engagement zu gewinnen.

Offen für alle

„Ehrenamtliche und Hauptamtliche in der Jugendarbeit sollten stärker dafür sensibilisiert werden, wie man Veranstaltungen und Angebote so gestaltet, dass alle Jugendlichen entsprechend ihren Fähigkeiten daran teilnehmen können (zum Beispiel als Teil der JuleiCa-Ausbildung).“ (15. KJB, S. 133)

Wie aktuelle Forschungsergebnisse zeigen, werden die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in unterschiedlichem Umfang von jungen Menschen genutzt. Vereine und öffentliche Einrichtungen müssen sich heutzutage entscheiden, wen sie erreichen möchten: möglichst alle oder eine ausgewählte Zielgruppe.



Insbesondere in ländlichen Regionen und Gebieten, die stark von der Abwanderung junger Menschen betroffen sind (**Kapitel 5**), wird es zukünftig schwierig, breite und spezialisierte Angebote der Kinder- und Jugendarbeit aufrecht zu erhalten.

Eine weitere Herausforderung besteht in dem wachsenden Anteil junger Menschen mit Migrationshintergrund in unserer Gesellschaft. In Westdeutschland gehören Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund schon lange zu den Hauptnutzer*innen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Insgesamt bilden sich auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene allerdings nur langsam Vereine und Verbände mit und für junge Migrant*innen.

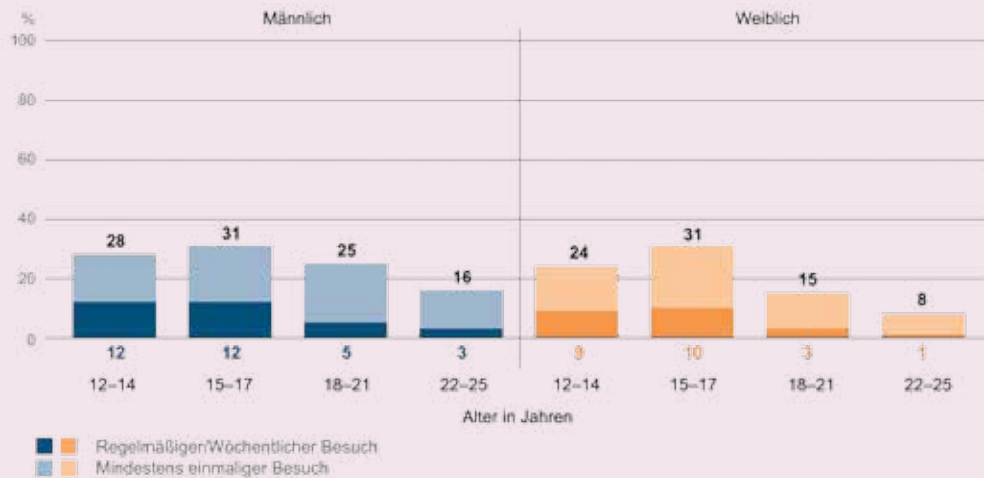
Jedoch sollten alle Jugendlichen solche Angebote wahrnehmen können, denn sie sind für alle von großem Interesse. So wird das Treffen mit Freund*innen als wichtigster Anlass für einen Besuch im Jugendzentrum angegeben. Unmittelbar folgen die Gründe: „Leute kennenlernen“, „selbst was machen/organisieren“ und „Freizeit ohne Geld ausgeben“ (**15. KJB, S. 394f.**).

Wer nimmt teil?

Am häufigsten trifft man Jugendliche im Schulalter in Organisationen und Einrichtungen der Jugendarbeit an.

Aus Studien geht hervor, dass 30 Prozent der Jugendlichen im Teenageralter zumindest gelegentlich ein Jugendzentrum besuchen (**15. KJB, S. 382**). Mit zunehmendem Alter und insbesondere bei jungen Frauen nimmt die Teilnahmehäufigkeit ab.

Abb. 4: Besuch von Jugendzentren und Jugendtreffs in den letzten 12 Monaten nach Teilnahmeintensität und Alter. Deutschland 2014, Anteil in %



Quelle: (Grafik Besuch von Jugendzentren, 15. KJB, S. 353)

Der Gesamtanteil der Jugendlichen, die wiederum Angebote von Jugendverbänden nutzen, schwankt je nach Studie zwischen 30 und 60 Prozent (15. KJB, S. 384).

Bei Vereinen spielt es eine wesentliche Rolle, ob von einem Sport-, Gesangs- oder Musikverein die Rede ist. Insbesondere Mädchen sind häufiger in kreativen Einrichtungen anzutreffen, Jungen nehmen überwiegend an technischen und sportlichen Aktivitäten teil. Acht bis zehn Prozent der Jugendlichen besuchen mindestens einmal in der Woche ein Jugendzentrum (15. KJB, S. 383).

Bei der Entscheidung für oder gegen einen Verband, Verein oder eine offene Jugendeinrichtung spielen verschiedene Faktoren eine Rolle, so zum Beispiel die soziale Herkunft, ein möglicher Migrationshintergrund, das Geschlecht oder der Wohnort. Jugendliche aus zugewanderten Familien sind in Organisationen, die keinen religiösen Bezug haben, deutlich unterrepräsentiert, ebenso wie Jugendliche aus Großstädten; wohingegen Jugendliche aus verhältnismäßig wohlhabenden Haushalten regelmäßiger Angebote der Kinder- und Jugendarbeit nutzen.

Inklusion

„Wann könnte man unsere Gesellschaft als wirklich inklusiv bezeichnen? Wenn es für alle Menschen passende Angebote gibt, die sie nutzen können.“ (15. KJB, S. 132)

In der Kinder- und Jugendarbeit wird idealerweise auf die Vielfalt von persönlichen sowie gesundheitlichen Situationen und Hintergründen junger Menschen eingegangen. So ist es für junge Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen prinzipiell möglich, Angebote der

Kinder- und Jugendarbeit wahrzunehmen. Eine bundesweite Erhebung des Deutschen Jugendinstituts ergab, dass 58 Prozent der Jugendzentren auch von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen besucht werden (**15. KJB, S. 407**). Eine kontinuierliche Überprüfung der inhaltlichen und räumlichen Zugänge auf Barrierefreiheit bleibt allerdings ebenso notwendig wie die Weiterentwicklung der Arbeitsformen und Angebote unter den Aspekten der Vielfältigkeit sowie der Weiterbildung des Personals.

Orientierung nach außen

Während sich die Kinder- und Jugendarbeit kontinuierlich weiterentwickelt, werden zunehmend auch die Grenzen zu anderen Bereichen, wie Schule oder Sozialarbeit, fließender. Die Kinder- und Jugendarbeit setzt nicht mehr allein auf die Kooperation zu Trägern der Jugendsozialarbeit, sondern füllt ihr Profil selbst mit Methoden und Ansätzen aus diesem Bereich. Damit reagiert sie auf den konkreten Bedarf der Jugendlichen und bietet Beratung und Unterstützung bei vielfältigen Problemen an. Als ein weiteres Beispiel kann hier die in letzter Zeit verstärkte Zusammenarbeit der Kinder- und Jugendarbeit mit der Demokratie- und Vielfaltförderung genannt werden (**Kapitel 4**). Diese zielt darauf ab, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu verhindern und frühzeitig zu erkennen. Diese Entwicklungen sind Ausdruck der veränderten gesellschaftlichen Erwartungen, Förderbedingungen und kommunalpolitischen Schwerpunkten.

Die Stärke der Kinder- und Jugendarbeit liegt darin, mit einer Vielzahl von Trägern und Angeboten die Vielfalt von Jugend und damit die unterschiedlichen Lebensformen Jugendlicher zu berücksichtigen. Sie muss allerdings immer wieder überprüfen, inwieweit sie diese konzeptionelle Orientierung tatsächlich einlöst und „Jugend ermöglicht“.

Und das sagt die Bundesregierung dazu:

In der Kinder- und Jugendarbeit sieht die Bundesregierung einen maßgeblichen Akteur für eine jugendgerechte Gesellschaft. Auch aus diesem Grund hat der Bund den zweiten bundesweiten Fachkongress zur Kinder- und Jugendarbeit gefördert, der unter dem Motto „Potenziale Erkennen – Zukunft Gestalten“ im September 2016 an der Technischen Universität Dortmund stattfand.

In den Augen des Bundes ist die Jugendverbandsarbeit ein „zentraler Bereich der Kinder- und Jugendarbeit“ (**15. KJB, S. 18**) und daher im Förderinstrument für jugendpolitische Maßnahmen des Bundes, dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP), fest verankert. „Allein für die Förderung und Sicherung der bundeszentralen Infrastruktur in der Jugendverbandsarbeit stellt der Bund jährlich finanzielle Mittel in erheblichem Umfang zur Verfügung. Das Bundesjugendministerium fördert damit ein breites und plurales Spektrum von Jugendverbänden. Die Vielfalt des Angebots bezieht sich sowohl auf das Trägerprofil als auch auf Inhalte, Methoden und Arbeitsformen. Neben themenbezogenen, weltanschaulich oder nach einer spezifischen Aufgabenstellung ausgerichteten Jugendverbänden werden auch Träger gefördert, die Integrationsarbeit und interkulturelles Lernen zur Zielsetzung haben bzw. als Dachverband für Migrantenjugendselbstorganisationen zur Professionalisierung, Vernetzung und Dialog innerhalb der Jugendverbandsarbeit beitragen. Alle vom Bundesjugendministerium geförderten Organisationen müssen stets demokratische und auf Toleranz zielende Verhaltensweisen vertreten. Jugendbeteiligung ist dabei das konstituierende Merkmal für die gesamte Jugendverbandsarbeit: Junge Menschen organisieren, gestalten und verantworten ihre Jugendarbeit selbst, gemeinsam und verantwortlich.“ (**15. KJB, S. 18**)

Durch den KJP wird auch die europäische und internationale Jugendarbeit in Form von Jugendbegegnungen und Fachkräfteprogrammen sowie entsprechender Informationen und erforderlicher Infrastruktur gefördert. Außerdem ermöglicht das EU-Programm „Erasmus+“ grenzüberschreitende Begegnungen von jungen Menschen und Fachkräften. Die Bundesregierung hält es für besonders wichtig, dass junge Menschen dabei „Kompetenzen für ihre persönliche und berufliche Entwicklung“ (15. KJB, S. 22) entwickeln und Lust bekommen, die Zukunft der EU mitzugestalten. „Darüber hinaus vermittelt „Erasmus+“, Solidarität über Grenzen hinweg zu leben und regt junge Menschen an, als aktive europäische Bürgerinnen und Bürger zu handeln.“ (15. KJB, S. 22)

„Jugendliche und junge Erwachsene haben außerdem ein Recht auf eine aktive Teilhabe an Kunst und Kultur. Kulturelle Bildungsangebote bieten ein wichtiges Lernfeld für junge Menschen. Sie vermitteln künstlerische Fähigkeiten ebenso wie Kreativität, Ausdrucksfähigkeit, Toleranz und soziale Kompetenzen – wichtige Voraussetzungen für Partizipation und gesellschaftliche Integration. Das Bundesjugendministerium engagiert sich partnerschaftlich mit zahlreichen Fachverbänden und bundeszentralen Institutionen dafür, allen Kindern und Jugendlichen gleichermaßen den Zugang zu kulturellen Bildungsangeboten zu ermöglichen.“ (15. KJB, S. 18f.)





IX.

Wie sich junge Menschen von Stress und Druck freimachen können

Viele junge Menschen haben heute so viele Möglichkeiten wie noch nie zuvor. Das macht es für sie aber auch schwieriger, aus diesem Angebot auszuwählen und sich in der Welt zu positionieren. Das braucht Zeit. Genauso wie die Qualifizierung, sei es in der Schule, im Betrieb, an der Universität oder in der Freizeit. Junge Menschen müssen also sehr effizient mit ihrer Zeit umgehen, wenn sie allen Erwartungen gerecht werden wollen.

„Von den Schülerinnen und Schülern wird heute sehr viel abverlangt, was ihre Schulzeit im Verhältnis zu möglichen Freiräumen angeht. Diese werden immer geringer.“ (15. KJB, S. 121)

Fast alle Entscheidungen, die junge Menschen treffen, wirken sich auf ihr späteres Leben aus. Das verläuft aber nicht immer effizient und geradlinig. Jugendliche und junge Erwachsene nehmen Umwege, machen Sprünge oder fangen neu an. Deshalb brauchen sie Freiräume: Orte, die Jugendliche und junge Erwachsene selbst gestalten können und in denen Entscheidungen keine unabsehbaren Folgen in einer weit entfernten Zukunft haben. Das ermöglicht jungen Menschen auch, zu experimentieren und so immer wieder die Gesellschaft zu verändern.

In den letzten Jahren streiten junge Menschen für mehr Freiräume. Das Ringen um Freiräume scheint eine Antwort auf den wachsenden Druck zur Selbstoptimierung zu sein. Viele Jugendliche und junge Erwachsene können sich nicht selbst Auszeiten nehmen, deswegen ist es die Aufgabe von Jugendpolitik, für genügend Freiräume zu sorgen und diese nicht nur als Wellness-Angebote zur Entspannung im stressigen Alltag zu verstehen.

Freiräume sind unterschiedlich

Jugend ist in modernen Gesellschaften mit der Vorstellung verbunden, dass es mehr oder weniger selbst gestaltbare Spiel- und Erprobungsräume, Gegenwelten und Rückzugsorte geben muss. In Abgrenzung zu Familie, Schule, Ausbildung und organisierten Freizeitangeboten werden diese als Räume gesehen, die junge Menschen selbst gestalten.

Freiräume sollen Freiheit und Eigenverantwortung ermöglichen, ein Ausbrechen aus dem Alltag: was ein Mensch in seinem Freiraum tut, muss nicht immer einem bestimmten Zweck dienen. Freiräume können aber ganz unterschiedlich verstanden werden und gestaltet sein. Daher fallen auch die Forderungen nach mehr Freiraum unterschiedlich aus und können sich sogar widersprechen.



Für gut gebildete junge Menschen mit Freizeitstress kann es ein Freiraum sein, einfach mal nichts tun zu müssen. Für ausgeschlossene oder finanziell schlecht gestellte Jugendliche und junge Erwachsene ohne große Auswahl an Freizeitmöglichkeiten kann das wie ein Luxusproblem erscheinen.

„Jugend ist keine homogene Gruppe, deshalb müssen Freiräume zur selbstbestimmten Verfügung bereitstehen und alle jungen Menschen als selbstständige Akteure und Akteurinnen ernstgenommen werden.“ (15. KJB, S. 127)

Umgang mit Druck

Viele Menschen fühlen sich im Alltag gestresst und unter Druck. Selbst Freizeitaktivitäten werden nicht nur nach Spaßfaktoren, sondern auch nach ihrem Nutzen für andere Zwecke ausgewählt. Diese Erfahrungen machen Menschen in jedem Alter, für Jugendliche und junge Erwachsene sind damit aber besondere Herausforderungen verbunden. Das kann an den drei Kernherausforderungen des Jugendalters verdeutlicht werden: Qualifizierung, Verselbständigung und Selbstpositionierung.

Die Erwartungen an die Bildungsleistung vieler junger Menschen sind gestiegen – zum Teil verbunden mit Verkürzungen der dafür zur Verfügung stehenden Zeit und einer enormen Beschleunigung der Bildungsprozesse. Die Einführung des Abiturs nach zwölf Jahren, auch „G8“ genannt, ist ein Beispiel dafür: Immer mehr schulische Veranstaltungen finden am Nachmittag statt. Viele Betroffene haben dadurch das Gefühl, immer weniger Zeit für sich und eigene Gestaltungsspielräume zu haben.

Der Gedanke, dass auch Freizeitaktivitäten einen sichtbaren Nutzen für das spätere Leben haben sollen, zeigt sich unter anderem in der zunehmenden Zahl an Zertifikaten, die im Rahmen dieser Aktivitäten gesammelt werden können.

Junge Menschen müssen Entscheidungen treffen, deren Folgen in der (fernen) Zukunft sie nicht immer absehen können. Es ist nicht klar vorherzusagen, wie beispielsweise die Wahl der Schule, Ausbildung, Lebensführung, oder die Entscheidung, sich Auszeiten zu leisten, spätere Möglichkeiten beeinflussen.

Junge Menschen brauchen heute länger, um selbstständig zu werden. Sie probieren verschiedene Lebensformen und Lebensentwürfe aus, machen dabei Umwege und drehen Schleifen. Für das Jugendalter typische Herausforderungen können sich so bis in das dritte Lebensjahrzehnt hinein stellen.

Gleiches trifft auf die Selbstpositionierung in der Welt zu, die eine klassische Aufgabe der Jugend ist. Jugendliche und junge Erwachsene können heute aus einer Vielzahl an (Teil-)Identitäten auswählen und diese zumindest zeitweise ausprobieren. Angesichts der Erwartungen an eine Lebensführung, die zugleich selbstbestimmt und zu ständiger Selbstopтимierung bereit ist, steigen auch die Anforderungen an Jugendliche. Die notwendigen Prozesse der Selbstpositionierung und Verselbständigung werden dadurch aufwendiger, langwieriger, komplexer und auch anstrengender.

Freiraum für alle

Während also auf der einen Seite die Bewältigung der Kernherausforderungen des Jugendalters immer zeit- und ressourcenaufwendiger wird, scheinen auf der anderen Seite die dafür notwendigen Handlungsspielräume für junge Menschen zu schrumpfen.

Erfolgreiche Popkultur beschreibt in ihren Produkten das Lebensgefühl junger Menschen. Die Pop-Band Revolverheld hatte zuletzt mit ihrem Song „Lass' uns gehn“ großen Erfolg. Darin heißt es:

Lass uns hier raus /
Hinter Hamburg, Berlin oder Köln /
Hört der Regen auf Straßen zu füllen /
Können wir endlich mal wieder /
Entscheidungen fällen

Die Stadt frisst die Ruhe /
mit flackernden Lichtern /
schluckt Tage und Menschen in sich hinein /
Gehetzte Gesichter in der drängelnden Masse /
Jeder muss überall schnell sein

Weil Jugendlichen und jungen Erwachsenen häufig die Zeit und das Geld fehlen, sich Auszeiten zu nehmen, ist es die Aufgabe der Jugendpolitik, Freiräume für alle zu ermöglichen. In jugendpolitischen Debatten wird auf die Bedeutung von Freiräumen Jugendlicher für die Gesellschaft verwiesen. Die junge Generation verändert die Gesellschaft durch neue Ideen und Lebensweisen – doch das geht nur, wenn es Gelegenheit gibt, diese in einem geschützten Rahmen auszuprobieren. Fehlt es an Freiräumen, könnte die Fähigkeit der jungen Generation verloren gehen, die Gesellschaft zu erneuern.

Die Rolle der Jugendarbeit

Freiräume für junge Menschen werden in vielen jugend- und bildungspolitischen Stellungnahmen, Presseartikeln und Aktionen gefordert. Freiräume bieten, wie oben beschrieben, subjektiv wahrgenommene, relative Freiheiten und Autonomien und damit eine zeitweise Flucht vor den Zwängen des beschleunigten und verdichteten Alltagslebens.

Zwar sind Orte der Kinder- und Jugendarbeit der freieste Bereich im Vergleich zu anderen Institutionen des Aufwachsens, wie Schulen und Hochschulen. Doch das macht die Kinder- und Jugendarbeit nicht automatisch zu einem Freiraum.

Es ist eine stetige Herausforderung, jungen Menschen zu ermöglichen, ihre eigenen Handlungs-, Erfahrungs- und Entscheidungsräume zu gestalten. Manchmal kollidiert diese Herausforderung mit anderen Vorstellungen darüber, was Kinder- und Jugendarbeit leisten soll. Auch das liegt an unterschiedlichen Vorstellungen von Freiräumen, aber auch von Kinder- und Jugendarbeit.

Ein konkretes Beispiel dafür, wie Kinder- und Jugendarbeit Freiräume ermöglichen kann, sind Ferienlager: Durch den Ortswechsel gibt es auch eine räumliche Distanz zum Alltag. Das macht es den Jugendlichen leichter, eigene Entwürfe von Selbstbestimmung und Selbstpositionierung

auszuprobieren. Trotzdem gibt es Regeln – doch diese können von den Teilnehmer*innen des Ferien camps selbst mitgestaltet werden. Und weil die Betreuer*innen oft noch jung sind und früher selbst Teilnehmer*innen waren, können sie sich gut in die Situation der Jugendlichen hineinversetzen. Diese Form der Kinder- und Jugendarbeit gerät allerdings unter Druck: es gibt immer mehr professionelle Anbieter von Jugendreisen. Den Geist von Ferienlagern zu erhalten und sich gegen kommerzielle Konkurrenz zu behaupten, ist eine der Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit.

Andere Beispiele für Freiräume finden sich überall dort, wo junge Menschen ihre Aktivitäten (mit-)gestalten können, wie beim Musikunterricht in der Wahl des Musikstückes und der Interpretation oder in der Gestaltung eigener Jugendräume im Stadtteil. Jugendliche und junge Erwachsene verschaffen sich auch Freiräume in Einkaufszentren oder Bahnhöfen – doch dort können sie sich nicht ungestört aufhalten oder werden wegen ihres Aussehens, ihrer Herkunft, ihres sozialen Status‘ oder ihrer finanziellen Möglichkeiten davon ausgeschlossen.

Freiräume sind keine Selbstverständlichkeit: Junge Menschen müssen immer wieder um ihre Freiräume ringen. Dabei kommt es darauf an, dass sie selbst Verantwortung übernehmen und diese Räume selbst gestalten können.

Und das sagt die Bundesregierung dazu:

Die Bundesregierung steht zu dem Grundsatz, das Jugendalter nicht nur im Hinblick auf Qualifizierungs-, sondern auch auf Selbstpositionierungs- und Verselbständigungsprozesse als „Zeit der Umwege und Nicht-Linearitäten, der Sprünge und Neuanfänge“ (15. KJB, S. 28) anzuerkennen.

Die Bundesregierung pflichtet der Berichtskommission bei, dass es dabei auch um die „Fähigkeit der jungen Generation (geht), die Gesellschaft durch Experimentieren in dafür geeigneten, geschützten Räumen immer wieder zu erneuern“. Die Bundesregierung unterstreicht aber auch den Punkt, dass es um die Erfahrung des „richtigen Lebens“ geht und Freiräume nicht als „abgeschottete Isolationsräume“ gesehen werden dürfen.





X.

Jung sein in der globalisierten Welt

„Es gibt einen Wust an Förderungen, Veranstaltungen, Organisationen etc., die tolle Angebote haben um zum Beispiel ins Ausland zu gehen (wie Erasmus, Leonardo, FSJ etc.) oder um junge Leute [zu] beraten (wie zum Beispiel LernLaden usw.). [...]“ (15. KJB, S. 131)

Immer mehr junge Menschen fühlen sich nicht nur einem Land zugehörig. Stattdessen richten sie ihre Identität international aus. Sie oder ihre Eltern sind migriert, sie verbringen eine Weile im Ausland oder machen längere Reisen. Ihr Freundeskreis besteht neben Mitschüler*innen oder Studierenden aus ihrer direkten Umgebung aus Freund*innen aus anderen Ländern, die sie auf Reisen oder im Internet kennengelernt haben. Zu ihnen halten sie zum Beispiel über Skype Kontakt (**Kapitel 6**). Umgekehrt kommen viele junge Menschen für Studiensemester, Praktika, Teile ihrer Ausbildung oder zum Arbeiten nach Deutschland. Dieser globale Kontext bietet neue Möglichkeiten, die eigene Persönlichkeit zu entwickeln. Er kann aber auch den Druck zur Selbstoptimierung erhöhen.

Die Möglichkeiten für Jugendliche, internationale Erfahrungen zu sammeln, hängen oft von ihrem Elternhaus ab. Während manche so viele Möglichkeiten haben, dass sie diese gar nicht alle nutzen können, haben andere kaum Auswahl. Junge Menschen, deren Eltern gut verdienen, die aufs Gymnasium gehen oder studieren, verbringen zum Beispiel öfter eine bestimmte Zeit im Ausland. Für Gleichaltrige, die nicht auf ein Gymnasium gehen und/oder weniger Geld zur Verfügung haben, ist das schwieriger. Jugendliche, die selbst oder deren Eltern nach Deutschland migriert sind, haben in Deutschland häufig weniger Möglichkeiten, sich zu entfalten, als junge Menschen ohne Migrationshintergrund. Die steigende Mobilität bietet jungen Menschen also einerseits viele Chancen, kann aber andererseits auch mit Nachteilen und Ungleichheit verbunden sein.

Im Migrationsland Deutschland

Internationale Erfahrungen werden häufig positiv betrachtet. Im Kontrast dazu steht, dass die international ausgerichtete Identität junger Menschen mit Migrationshintergrund (das heißt, sie oder ihre Eltern kommen aus einem anderen Land) dagegen weniger oft positiv wahrgenommen wird. Mittlerweile zählt mehr als ein Viertel der jungen Menschen in Deutschland zwischen zehn und 25 Jahren zu dieser Gruppe (**15. KJB, S. 140**). In Großstädten wie Berlin oder Hamburg und im Ruhrgebiet ist es sogar die Hälfte (**15. KJB, S. 142**). Die Mehrzahl dieser jungen Menschen besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit.



Junge Menschen mit Migrationshintergrund erleben im Alltag immer wieder Diskriminierung oder Rassismus oder haben es mit anderen Formen der Benachteiligung zu tun. Sie haben es schwerer, von der Grundschule auf die Real- bzw. Mittelschule oder das Gymnasium zu wechseln oder eine Arbeit zu finden (**Kapitel 2**). Insbesondere junge Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus stoßen oft auf strukturelle Barrieren.

„Mobilitätsprogramme sollten für ALLE Jugendlichen zugänglich sein. Neue Formate und Schwerpunkte oder erleichterte Antragsverfahren können helfen, zum Beispiel junge Auszubildende und junge Migrantinnen und Migranten anzusprechen.“ (15. KJB, S. 127)

Vor allem gegenüber muslimischen Jugendlichen gibt es viele Vorurteile, die laut Studien bei der Arbeits- und Wohnungssuche zu einem Problem werden. Der Islam wird häufig mit Fun-

damentalismus in Verbindung gebracht, obwohl er nicht die Ursache dafür ist. Zwar laufen muslimische Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland oder anderen westeuropäischen Ländern eher Gefahr, zu radikalisiert zu werden. Das hat aber viele Gründe, unter anderem, dass sie weniger Zugang zu Bildung haben. Eine Radikalisierung hat also oft auch mit einer fehlenden Zukunftsperspektive zu tun.

Junge Migrant*innen sind oft nicht genug politisch repräsentiert. Um den verschiedenen Formen der Benachteiligung etwas entgegenzusetzen, haben junge Menschen mit Migrationshintergrund deshalb eigene Arten der Interessenvertretung geschaffen, wie etwa Jugendverbände. Diese sind häufig lokal aktiv, aber noch nicht immer in die überregionalen Strukturen eingebunden. Dazu gehören zum Beispiel Jugendringe und Netzwerke für politische und kulturelle Bildung sowie Jugendbegegnungen. Für die Interessenvertretung junger Menschen mit Migrationshintergrund ist das Internet ein wichtiges Medium. Dort können sie Teile ihrer Identität zeigen, die in der Offline-Welt unterzugehen drohen (**Kapitel 4**).

Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund engagieren sich auch weniger ehrenamtlich als Gleichaltrige. Generell gilt, dass junge Menschen sich umso mehr engagieren, je länger sie an einem Ort wohnen. Das bedeutet, dass Jugendliche, deren Eltern oder Großeltern eingewandert sind, sich stärker engagieren als Gleichaltrige, die erst kurze Zeit in Deutschland sind. Außerdem motivieren Freund*innen oder Verwandte junge Menschen oft, ehrenamtlich aktiv zu werden. Das bedeutet, dass Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund bei ihrer Selbstpositionierung innerhalb der Gesellschaft weniger politisch repräsentiert sind und sich weniger durch Freiwilligenarbeit entfalten können.

Wenn junge Menschen Schutz suchen

Ein Großteil der Geflüchteten, die in Deutschland Schutz suchen, sind junge Menschen. In der ersten Hälfte von 2016 lag der Anteil der Asylanträge, die von unter 25-Jährigen gestellt wurden, bei 58,9 Prozent (**15. KJB, S. 145**). Bei ihrer Verselbstständigung, Selbstpositionierung und Qualifizierung haben diese Jugendlichen oft Schwierigkeiten. Viele von ihnen sind alleine nach Deutschland gekommen und haben eine belastende Flucht hinter sich. Sie haben Schwierigkeiten, ihre Ausbildung fortzusetzen oder eine neue Ausbildung anzufangen. Auch eine Wohnung finden sie meistens nur schwer. Außerdem hilft die Bezeichnung als „Flüchtling“ ihnen nicht, in Deutschland anzukommen. Das hat damit zu tun, dass der Begriff sie auf die Flucht reduziert. Das macht es schwerer, in erster Linie als junge Menschen wahrgenommen zu werden, die ihre Jugend ausleben und sich entfalten wollen.

Auch die Gründe, die junge Menschen zur Flucht bewegen, erschweren diese persönliche Entwicklung. In den allermeisten Fällen war die Migration erzwungen. Die häufigsten Gründe für eine Flucht sind Völkermord, Bürgerkriege und zwischenstaatliche Kriege. Die Erlebnisse während der Flucht haben ebenfalls einen großen Einfluss auf junge Geflüchtete. Oft hatten sie Hunger und Durst und konnten keine geeigneten Schlafplätze finden. Unbegleitete junge Geflüchtete sind auch häufiger krank oder traumatisiert als Gleichaltrige, die in Begleitung nach Deutschland gekommen sind. Außerdem laufen sie eher Gefahr, ausgenutzt, betrogen oder aus-



geraubt zu werden. Vor allem Frauen und Kinder haben auf der Flucht ein hohes Risiko, missbraucht oder vergewaltigt zu werden. Nicht zuletzt sind unbegleitete minderjährige Geflüchtete von ihrer Familie oder von anderen Bezugspersonen getrennt.

Die negativen Erfahrungen hören mit der Ankunft in Deutschland nicht auf. Es fängt damit an, dass die Gründe für die Flucht, die die Jugendlichen selbst als ausreichend empfinden, vom deutschen Asylrechtssystem oft in Frage gestellt werden. Für viele junge Geflüchtete ist es deshalb unklar, ob sie in Deutschland bleiben können. Außerdem haben die meisten Angehörige im Herkunftsland oder Freund*innen, die sie auf der Flucht aus den Augen verloren haben und um die sie sich Sorgen machen. Die Lebenssituationen junger Geflüchteter sind also krisenhaft. Da seit 2015 sehr viele junge Menschen in Deutschland Schutz gesucht haben und ihre Hintergründe sehr verschieden sind, ist es schwierig, ihnen individuell zu helfen.

Sind junge Geflüchtete in Deutschland angekommen, stehen sie außerdem einer unüberschaubaren Fülle an Regelungen und Gesetzen gegenüber, die über ihren weiteren Aufenthalt entscheiden. Wichtig ist in erster Linie, ob die Neuankömmlinge schon 18 Jahre alt sind. Minderjährige Geflüchtete bekommen in der Regel eine Duldung, was bedeutet, dass sie nicht abgeschoben werden, aber auch kein Aufenthaltsrecht bekommen. Sie haben ein Recht darauf, eine Schule zu besuchen. Für Geflüchtete, die älter sind als 18 Jahre, gelten diese Rechte meistens nicht. Dabei haben auch sie ähnliche Bedürfnisse und kämpfen mit großen Herausforderungen.

Die meisten jungen Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, haben in ihrem Heimatland eine Ausbildung angefangen oder bereits eine berufliche Qualifikation erworben. Die rechtlichen Regelungen darüber, wer von den über 18-Jährigen ein Studium oder eine Ausbildung anfangen darf und zu welchem Zeitpunkt, sind von Bundesland zu Bundesland verschieden. Ohne

Hilfe schaffen es junge Geflüchtete kaum, sich einen Überblick darüber zu verschaffen, welche Bildungsangebote es gibt und welche für sie in Frage kommen.

Die rechtlichen Unterschiede zwischen jungen Geflüchteten, die minderjährig sind und denen, die schon 18 sind und älter, haben auch Folgen für ihre Wohnungssituation. Unbegleitete minderjährige Geflüchtete bekommen einen Platz in einer Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe. Das kann ein Platz in einem Heim sein oder in einer Wohngruppe, aber auch eine betreute Einzelwohnung, ein betreutes Hotel oder eine Gastfamilie. Im Moment gibt es für junge Geflüchtete nicht genug geeignete Wohnmöglichkeiten, wo sie länger bleiben und sich zu Hause fühlen können. Einerseits wissen die Jugendämter, dass sie weitere Plätze schaffen müssen. Andererseits ist die Zahl der Geflüchteten seit dem Frühjahr 2016 stark zurückgegangen und es ist unbekannt, wie diese sich weiter entwickeln wird. Das macht die Planung schwierig.

Junge Geflüchtete, die mit ihrer Familie oder mit anderen Bezugspersonen nach Deutschland kommen, wohnen meistens mit diesen zusammen in einer Massenunterkunft. In den meisten Unterkünften haben sie zu wenige Möglichkeiten, sich zu entfalten und die wichtige Lebensphase Jugend selbst zu gestalten. In vielen Unterkünften gibt es keine extra Räumlichkeiten für Jugendliche, Sportgelegenheiten oder private Räume für Mädchen und junge Frauen. In den meisten Kommunen versuchen die bestehenden Institutionen, wie Kirchengemeinden oder Nachbarschaftsinitiativen, die jungen Geflüchteten in ihre Aktivitäten miteinzubeziehen. Auch gibt es viele ehrenamtliche Helfer*innen, die sich um Freizeitangebote und eine weitere Betreuung kümmern. Insgesamt sollten die Unterkünfte diesen jungen Menschen mehr Raum bieten, um die Kernherausforderungen der Verselbstständigung und Selbstpositionierung bewältigen zu können.

Und das sagt die Bundesregierung dazu:

„Der 15. Kinder- und Jugendbericht sieht strukturelle Barrieren im Bildungssystem, von denen vor allem junge Menschen mit Migrationshintergrund betroffen seien, wie auch der Berufsbildungsbericht seit Jahren bestätigt. Zum Abbau dieser strukturellen Barrieren und zum Ausgleich individueller Benachteiligungen fördert die Bundesregierung als Teil der Initiative „JUGEND STÄRKEN“ bundesweit über 450 Jugendmigrationsdienste (JMD). Die in der Migrantinnen- und Migrantenarbeit erfahrenen JMD beraten und begleiten 12- bis 27-jährige Menschen mit Migrationshintergrund bei ihrer schulischen, beruflichen, sozialen und sprachlichen Integration mit Schwerpunkt am Übergang von der Schule in Ausbildung oder Beruf.“ (15. KJB, S. 11)

Das Thema Migration hat in Deutschland in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Entsprechend äußert sich die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme zum 15. Kinder- und Jugendbericht schwerpunktmäßig zu den jungen Geflüchteten: „Mit weltweit zunehmenden Konflikten steigt auch in Deutschland die Zahl der Asylsuchenden in den vergangenen Jahren an. Darunter befinden sich viele Jugendliche und junge Erwachsene, die in ihrer zum Teil zerstörten Heimat keine lebenswerte Zukunftsperspektive mehr sehen. Insbesondere für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge muss es das Ziel politischen Handelns sein, eine offene, menschenwürdige Aufnahme und im Falle eines Bleiberechts schnelle Integration zu sichern.“

Ebenso wichtig ist die Vermittlung unserer Werte sowie des hiesigen Demokratie- und Rechtsverständnisses. Die Aufnahme und Versorgung Asylsuchender ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die aus internationalen und europäischen Verpflichtungen zum Flüchtlingschutz resultiert. Eine Vielzahl aktiver Menschen in Deutschland setzt sich in unterschiedlicher Weise für eine offene Aufnahme und Unterstützung von Flüchtlingen vor Ort ein. Dies beginnt mit Lernhilfen und Angeboten für Kinder, geht über Besuche, Spenden und Unterstützungsangebote hinaus und endet noch lange nicht bei Solidaritätskundgebungen und dem Schutz von Menschen vor rassistischen Übergriffen.

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher, das Ende 2015 in Kraft getreten ist, greift die bundesweite Aufnahmeverpflichtung. Diese wird von den Kommunen sehr verantwortlich und engagiert wahrgenommen. Durch die bundesweite Aufnahmepflicht soll eine dem Kindeswohl entsprechende, bedarfsgerechte Versorgung, Betreuung und Unterstützung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sichergestellt werden. So können die Kapazitäten von bedarfsgerechten Plätzen in allen Kommunen bundesweit besser genutzt werden. Die bundesweite Aufnahmeverpflichtung gewährleistet, dass Kinder und Jugendliche dort untergebracht werden, wo es Kapazitäten gibt, wo sie eine angemessene Betreuung, einen angemessenen Raum und eine angemessene Versorgung erhalten.“ (15. KJB, S. 22f.)

Die Bundesregierung betont, dass Kinder und Jugendliche in Flüchtlingsunterkünften „ein Recht auf gewaltfreies Aufwachsen und auf Zugang zu Bildungs- sowie Spiel und Freizeitangeboten (haben). Dies umfasst auch eine entsprechende Raumplanung und -gestaltung unter Einbeziehung von strukturierten Spielangeboten, Erholung, Bildung, Gesundheit und psychosozialer Unterstützung für Kinder. Registrierungsprozesse für Kinder, feste Betreuungsschlüssel, Kinderschutz, psychologische Ersthilfe und im Umgang mit Kindern qualifiziertes Personal sind Teil des Schutzes, der in den kinderfreundlichen Räumen gewährleistet werden muss.“ (15. KJB, S. 23f.)

Außerdem verfolgt die Bundesregierung das Ziel, studierfähigen und studierwilligen Geflüchteten einen möglichst einfachen und schnellen Hochschulzugang zu ermöglichen und deren Integration an der Hochschule zu erleichtern. Auch das deutsche Schul- und Ausbildungssystem hat mit rechtlichen Änderungen auf die neuen Herausforderungen reagiert: Die Zugänge für junge Geflüchtete wurden erleichtert, die Möglichkeiten finanzieller Unterstützung ausgeweitet und neue berufsorientierende Sprachkurse geschaffen.

In ihrer Stellungnahme zum 15. Kinder- und Jugendbericht verweist die Bundesregierung auf zahlreiche Aktivitäten für junge Geflüchtete: das Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“, das Bundesprogramm „Willkommen bei Freunden“, die „Initiative zum Schutz von Frauen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften“, die Initiative „Wege in Ausbildung für Flüchtlinge“ und das Modellprojekt „jmd2start – Begleitung für junge Flüchtlinge im Jugendmigrationsdienst“. Darüber hinaus wurden bestehende Maßnahmen um Angebote für junge Geflüchtete ergänzt, so der Bundesfreiwilligendienst, die „Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement“, die Initiative „Bildungsketten“, die Initiative „JUGEND STÄRKEN“ und das Programm „Kultur macht stark“.



Ein Ergebnis der Jugendbeteiligung bei Ich mache Politik, gefördert durch BfMS
tool.ichmache-politik.de

**Refugees
Welcome!**

Ich mache  Politik



Die Redaktion



(v.l.n.r. vier Reihen) Milan Ziebula, Lukas Dubro; Eva Schneider, Julia Bierstedt, Josta von Bockxmeer; Luise Schneider, David Gutensohn, Anna Oelhaf; Sebastian Stachorra, Sophie Hubbe

Sind wir Jugendliche? Wir sind zwischen 19 und 29 Jahre alt. Und bevor wir auf Grundlage des 15. Kinder- und Jugendberichts diese Jugendbroschüre gestaltet haben, hätten einige von uns möglicherweise geantwortet: „Nein, nicht mehr.“ Doch nach über 500 Seiten Lektüre, zig Diskussionen und ungezählten „Aha-Effekten“ haben wir festgestellt, dass wir auf die eine oder andere Weise wohl doch noch zur Jugend zählen. Wir hoffen, dass die Leser*innen dieser Jugendbroschüre selbst einige „Aha-Effekte“ erleben.

Die vorliegende Jugendbroschüre soll die Inhalte des 15. Kinder- und Jugendberichts einem breiteren und vor allem jungen Publikum zugänglich machen.

Dafür haben wir so klar und einfach formuliert, wie es uns möglich war. Wo wir Statistiken und Zahlen verwenden, haben wir Wert darauf gelegt, dass ihre Bedeutung auf Anhieb verständlich ist. Auch die Forderungen der Sachverständigenkommission an die Politik geben wir so deutlich wie möglich wieder.

Auf eine Schwierigkeit sind wir bei der Formulierung dieser Broschüre immer wieder gestoßen: Nicht zu kommentieren und die eigene Meinung außen vor zu lassen. Unser Auftrag lautete, als junge Leser*innen des Kinder- und Jugendberichts eine Jugendbroschüre zu erstellen, die pointiert und verständlich wichtige Aussagen des Berichts aufbereitet.

Wir haben natürlich nicht alle Details und alle Aspekte der im Kinder- und Jugendbericht behandelten Themen übernehmen können. Zum vertieften Weiterlesen lohnt sich ein Blick in den 15. Kinder- und Jugendbericht selbst allemal.

Die Kommission



Manuela Schwesig mit der Sachverständigenkommission zum 15. Kinder- und Jugendbericht

Der Titel des aktuellen Kinder- und Jugendberichts lautet „Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten – Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter“. Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, hat im Oktober 2014 im Namen der Bundesregierung eine Sachverständigenkommission beauftragt, dazu einen Bericht zu verfassen.

Die Mitglieder der Sachverständigenkommission setzen sich aus Wissenschaftler*innen unterschiedlicher Disziplinen sowie erfahrenen Persönlichkeiten aus der Praxis zusammen. Der Kommission gehören folgende zwölf Sachverständige an:

- Prof. Dr. Karin Bock (stellv. Vorsitzende): Technische Universität Dresden
- Stephan Groschwitz: Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings
- Prof. Dr. Cathleen Grunert: Fernuniversität Hagen
- Prof. Dr. Stephan Maykus: Hochschule Osnabrück
- Prof. Dr. Nicolle Pfaff: Universität Duisburg-Essen
- Ludger Pieper: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung Berlin, Abteilungsleiter a. D.
- Prof. Dr. Thomas Rauschenbach (Vorsitzender): Direktor und Vorstandsvorsitzender des Deutschen Jugendinstituts, München
- Prof. Klaus Schäfer (stellv. Vorsitzender): Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport in Nordrhein-Westfalen, Staatssekretär a. D.
- Prof. Dr. Wolfgang Schröder: Universität Hildesheim
- Prof. Dr. Angela Tillmann: Fachhochschule Köln
- Prof. Dr. Gunda Voigts: Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
- Prof. Dr. Ivo Züchner: Philipps-Universität Marburg

Der Bericht will dazu beitragen, dass über das Thema Jugend mehr gesprochen und mehr für Jugendliche getan wird – in der Politik, aber auch in der Gesellschaft insgesamt. Als expliziter Jugendbericht bietet er einerseits Einblicke in das Leben von Jugendlichen und jungen Erwachsenen heute. Andererseits benennt er Herausforderungen, vor denen Politik, Bildungseinrichtungen und Vereine oder Verbände stehen, um „Jugend zu ermöglichen“.

Bildnachweise Jugendbroschüre

Titelblatt

Josh Rose / www.unsplash.com, CC0 1.0 Universal (CC0 1.0), <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de>

S. 3: BMFSFJ

S. 7 Ruben Demus / www.jugendfotos.de, CC-Lizenz(by-nc) <http://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/de/deed.de>

S. 10 Josh Calabrese / www.unsplash.com, CC0 1.0 Universal (CC0 1.0), <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de>

S. 12 Aaron Alvarado / www.unsplash.com, CC0 1.0 Universal (CC0 1.0), <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de>

S. 14 Ines Deibel / www.jugendfotos.de, CC-Lizenz(by-nc) <http://creativecommons.org/licenses/by-nc/3.0/deed.de>

S. 17 Rebecca Ashley / www.unsplash.com, CC0 1.0 Universal (CC0 1.0), <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de>

S. 18 Milestoned / www.flickr.com, CC-Lizenz (by 2.0), <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>

S. 20 Alex Holyoake / www.unsplash.com, CC0 1.0 Universal (CC0 1.0), <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de>

S. 22 Andi Weiland / www.gesellschaftsbilder.de

S. 25 Redd Angelo / www.unsplash.com, CC0 1.0 Universal (CC0 1.0), <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de>

S. 26 Elina Kolganova / www.jugendfotos.de, CC-Lizenz(by-nc), <http://creativecommons.org/licenses/by-nc/3.0/deed.de>

S. 29 Jens Zussy / Jugend-Demografie-Dialog

S. 30 Lukas Hersemeyer / www.jugendfotos.de, CC-Lizenz(by-nc), <http://creativecommons.org/licenses/by-nc/3.0/deed.de>

S. 32 Michael Schulze von Glaßer / www.jugendfotos.de, CC-Lizenz(by-nc-nd), <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

S. 35 Michael T. / www.jugendfotos.de, CC-Lizenz(by-nc), <http://creativecommons.org/licenses/by-nc/3.0/deed.de>

S. 39 Alexis Brown / www.unsplash.com, CC0 1.0 Universal (CC0 1.0), <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de>

S. 41 Matthias Riens / www.jugendfotos.de, CC-Lizenz(by-nd), <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/deed.de>

S. 42 Rob Bye / www.unsplash.com, CC0 1.0 Universal (CC0 1.0), <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de>

S. 45 Louisa Bäcker / Deutscher Jugendfotopreis 2014, Timmi, aus der Serie: McPomm

S. 46 Julia Vogt / www.jugendfotos.de, CC-Lizenz (by-nc), <http://creativecommons.org/licenses/by-nc/3.0/deed.de>

S. 48 Dominik Müller / Deutscher Jugendfotopreis 2016, Say cheese

S. 50 Aaron Schwerdtfeger / Deutscher Jugendfotopreis 2012, Spiel, aus der Serie: Portrait

S. 53 Michael Scholl / www.jugendfotos.de, CC-Lizenz(by-nc), <http://creativecommons.org/licenses/by-nc/3.0/deed.de>

S. 55 Luke Porter / www.unsplash.com, CC0 1.0 Universal (CC0 1.0), <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de>

S. 56 Gaelle Marcel / www.unsplash.com, CC0 1.0 Universal (CC0 1.0), <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de>

S. 58 Laura Promehl / www.jugendfotos.de, CC-Lizenz(by-nc), <http://creativecommons.org/licenses/by-nc/3.0/deed.de>

S. 62 Luke Porter / www.unsplash.com, CC0 1.0 Universal (CC0 1.0), <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de>

S. 64 Daiga Ellaby / www.unsplash.com, CC0 1.0 Universal (CC0 1.0), <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de>

S. 66 Andi Weiland / www.gesellschaftsbilder.de

S. 69 Timo Hermann - thermann.de / www.gesellschaftsbilder.de

S. 70 Thành Alex / www.unsplash.com, CC0 1.0 Universal (CC0 1.0), <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de>

S. 72 Lisa Marlen Bousvaros / Deutscher Jugendfotopreis 2012, Im Wind, aus der Serie: Auf Rollen und Pforten

S. 75 Mai P. Mergili / www.jugendfotos.de, CC-Lizenz(by-nc), <http://creativecommons.org/licenses/by-nc/3.0/deed.de>

S. 76 Ben White / [Unsplash.com](http://www.unsplash.com), CC0 1.0 Universal (CC0 1.0), <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de>

S. 78 AFS-USA Intercultural Programs / [flickr.com](http://www.flickr.com), CC-Lizenz (by 2.0) <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>

S. 80 Harits Mustya Pratama / www.unsplash.com, CC0 1.0 Universal (CC0 1.0), <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de>

S. 82: ichmache-politik_Jugendmeile 2016

S. 84: Viktoria Hahn

S. 85: BMFSFJ

Deutscher Jugendfotopreis

Der Deutsche Jugendfotopreis ist einer der größten Wettbewerbe für die junge Fotoszene. 1961 erstmals ausgeschrieben, macht er die jeweiligen Jugendkulturen ebenso sichtbar wie den Wandel der Themen und Medientrends. Mehrere Ausstellungen sind ausleihbar. Veranstalter ist das Deutsche Kinder- und Jugendfilmzentrum (KJF), gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Website: www.jugendfotopreis.de

Facebook: [Deutscher Jugendfotopreis](https://www.facebook.com/DeutscherJugendfotopreis)

Instagram: [deutscher_jugendfotopreis](https://www.instagram.com/deutscher_jugendfotopreis)

**Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.**

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Die vorliegende Jugendbroschüre stellt wichtige ausgewählte Ergebnisse und Thesen des 15. Kinder- und Jugendberichts (veröffentlicht als Bundestags-Drucksache 18/11050; verfügbar über: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/110/1811050.pdf>) dar. Alle Quellen und Einzelnachweise sind dort nachvollziehbar.

Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel.: 030 182722721
Fax: 030 18102722721
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20179130
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
Fax: 030 18555-4400
E-Mail: info@bmfsfj.service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*
Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

Artikelnummer: 5BR231

Stand: Februar 2017, 1. Auflage

Gestaltung: Jan Zaiser, www.janzaiser.de

Druck: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Sontraer Straße 6, 60386 Frankfurt am Main

Redaktion: Jugendpresse Deutschland e.V.

- * Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u. a. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.115.de.